

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 3 / SEPTEMBER 2009
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch



Armutsbekämpfung in Zeiten des Klimawandels

«Musterland» Mosambik: Wenigen
geht es gut, viele leben in Armut

Bevölkerungswachstum: Bald sind wir
9 Milliarden – wie viel Mensch verträgt die Welt?

DOSSIER



KLIMAWANDEL

Mehr Wohlstand mit weniger Energie! Wie geht das?

Die Weltklimapolitik soll mit einer globalen Regelung von Treibhausgas-Emissionen gerechter werden

6

Kein Projekt ohne Klimaaspekt

Das Klima besitzt in der DEZA weit über spezifische Projekte hinaus einen hohen Stellenwert

11

«Dem Planeten ist's egal...»

Der Klimaphysiker Thomas Stocker im Interview

12

Schmelzende Gletscher bedrohen Perus Bauern

Im peruanischen Hochland müssen die Bauern ihre Anbaumethoden bereits heute veränderten Umweltbedingungen anpassen

14

«Sauberes» Licht zieht an

In Nicaragua fördert die Schweiz alternative Energieproduktion in ländlichen Gebieten

15

HORIZONTE



«Wer krank ist, muss für einen Platz im Spital schmieren»

Mosambik beeindruckt mit erfreulichen Wachstumsraten, doch über die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut

16

Wegtauchende Fische, knurrende Mägen

Bernardo Tovela über die ausgetrocknete Fischerei in seiner mosambikanischen Heimat

20

DEZA

Wir haben einiges zu bieten und viel zu gewinnen

Martin Dahinden, Direktor der DEZA, über die riesigen Herausforderungen des Klimawandels

21

Aids: Die Ältesten zahlen die Zeche

Der Schweizer Verein Kwa Wazee finanziert Renten in fünf tansanischen Dörfern

22

Familienärzte statt Spezialisten

In Bosnien und Herzegowina trägt die Schweiz zu einem stark verbesserten Gesundheitswesen bei

24

FORUM



Wie viel Mensch verträgt die Welt?

Trotz knapp werdender Ressourcen sind Bevölkerungswachstum und Familienplanung in der Entwicklungszusammenarbeit keine prioritären Themen

26

Bettelnde Schriftsteller

Der südafrikanische Schriftsteller Zakes Mda darüber, was Afrika wirklich hilft

29

KULTUR



Versöhnung mit farbigen Städten und schwarzer Magie

Schweizer Kulturprojekte sollen im Westbalkan grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern und damit zur Entschärfung ethnischer Spannungen beitragen

30

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist... Emissionshandel?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Das Klima reagiert – was tun die Menschen?

Das Klima reagiert auf die Menschen, was die Menschen wiederum zu Reaktionen zwingt. Heute steht fest: Hauptursachen der globalen Erwärmung sind die Verbrennung fossiler Energieträger, die Abholzung riesiger Waldflächen und Emissionen aus der Landwirtschaft.

Die Folgen sind an allen Ecken und Enden der Welt sicht- und spürbar – sie stellen die internationale Gemeinschaft vor riesige Herausforderungen.

Besonders betroffen sind – einmal mehr – die Ärmsten dieser Welt. Notabene jene, die bisher am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. In der Entwicklungszusammenarbeit hat man die Problematik seit längerer Zeit erkannt und entsprechend reagiert. Allerdings besteht ein Dilemma: Die angestrebte Verbesserung der Lebensqualität und die Verminderung der Armut hatten bisher immer zur Folge – siehe Industrieländer – dass auch mehr Energie und Ressourcen verbraucht wurden. Was wiederum den Klimawandel ankurbelt. Hier sind neue Wege gefragt.

Das Problem wird sich zusätzlich weiter akzentuieren, weil nicht nur der Pro-Kopf-Verbrauch von Energie weltweit zunimmt, sondern weil es auch immer mehr Menschen gibt: Bis ins Jahr 2050 sollen laut Prognosen über 9 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Eine Entwicklung, die heute kaum thematisiert oder kritisch hinterfragt wird (siehe Artikel S. 26).

Auf der einen Seite also Auswirkungen des Klimawandels wie Dürre, Überschwemmungen, immer knapper werdende Ressourcen, grosse Verluste an Biodiversität und Ackerland. Auf der anderen Seite

immer mehr Menschen, die auf die knapper werdenden Ressourcen angewiesen sind, die aber auch immer mehr Energie verbrauchen und damit zu weiterem Klimawandel beitragen. Ein Teufelskreis, der in der Katastrophe enden muss?

Die Forscher teilen sich in der Beurteilung dieser Frage in Pessimisten und Optimisten. Der NASA-Forscher James Lovelock etwa prognostiziert, dass in 50 bis 100 Jahren als Folge des Klimawandels nur noch ein Bruchteil des heutigen Agrarlandes nutzbar sein wird, die übrigen Zonen werden entweder zu trocken oder unter Wasser sein. Daraus zieht er den Schluss: «Die Menschen sind in einer sehr schwierigen Situation und ich befürchte, dass sie nicht klug genug sind, die anstehenden Probleme zu bewältigen. Am Ende dieses Jahrhunderts wird möglicherweise nur eine Milliarde Menschen oder weniger überleben.»

Ganz anders sieht dies Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, allerdings nur «wenn die Menschheit das Ganze als Chance sieht und bereit ist, radikal umzudenken».

Ähnlich denkt auch der Schweizer Klimaphysiker Thomas Stocker (siehe Interview S. 12), Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wissenschaft des Weltklimarats, und fordert: «Wir brauchen neue Technologien und einen viel sparsameren Umgang mit allen Ressourcen. Und wir müssen den Begriff Lebensqualität neu definieren, indem wir möglichst auf geschlossene Material- und Energiezyklen setzen.»

Die Redaktion

Periscope



Tim A. Hetherington/Panos/Sesates

Zurück zur Scholle

(jls) Nigeria investiert in seine Landwirtschaft, um einer Ernährungskrise seiner 150 Millionen Einwohner zuvorzukommen. Seit der Entdeckung der Erdölvorkommen zu Beginn der 1970er Jahre hatte man diesem Sektor keine Beachtung mehr geschenkt. Das Schwarze Gold wurde zur wichtigsten Devisenquelle und finanzierte den Import von Nahrungsmitteln im grossen Stil. Doch die weltweit einbrechenden Erdölpreise und die Gewaltausbrüche im Nigerdelta, wo sich die Erdölfelder befinden, setzten in den letzten Jahren den Staatsfinanzen zu. Die Regierung hat deshalb Massnahmen ergriffen, um die Wirtschaft zu diversifizieren und gleichzeitig die Landwirtschaft anzukurbeln. Unterstützt werden der Mais-, Reis- und Maniokanbau. Innerhalb eines Jahres wurden 50 000 Kilometer Feldwege gebaut oder saniert. Anfang 2009 hat der Staat den Bauern im ganzen Land gratis 850 000 Tonnen Dünger und Insektenschutzmittel zugeteilt. Unterstützt von Privaten gelang es sodann, 200 Milliarden Naira (rund 1,5 Milliarden Franken) zur Finanzierung von Krediten für Landwirtschaftsbetriebe zu mobilisieren. Und schliesslich läuft im Norden und Südwesten des Landes ein grosses Bewässerungsprojekt an.

Weit verbreitete Sklaverei

(bf) Sklaverei ist immer noch weit verbreitet. Dies die Schlussfolgerung eines Berichts der UNESCO und der UNO-Agentur für Drogen und Kriminalität UNODC. Zudem wird darin nachgewiesen, dass Menschenhandel, Prostitution und Kinderarbeit ähnliche Grundstrukturen aufweisen wie der Sklavenhandel im 18. Jahrhundert. 79 Prozent des weltweiten Menschenhandels betreffen die sexuelle Ausbeutung, von der Frauen und Mädchen am meisten betroffen sind. Die zweithäufigste Art des Menschenhandels betrifft - mit 18 Prozent - erzwungene Arbeit. Diese Zahl widerspiegelt jedoch nur die belegten Fälle. Die Dunkelziffer dürfte um einiges höher liegen. Rund 20 Prozent aller Fälle von Menschenhandel betreffen Kinder. In Teilen

Afrikas und in der Mekong-Region sind Kinder gar die hauptsächlichsten Opfer von Menschenhandel. Der Bericht weist auch auf die Tatsache hin, dass entgegen der allgemeinen Wahrnehmung in drei von zehn Ländern, welche über das Geschlecht der Menschenhändler Angaben lieferten, vorwiegend Frauen für die kriminelle Handlung verantwortlich sind.

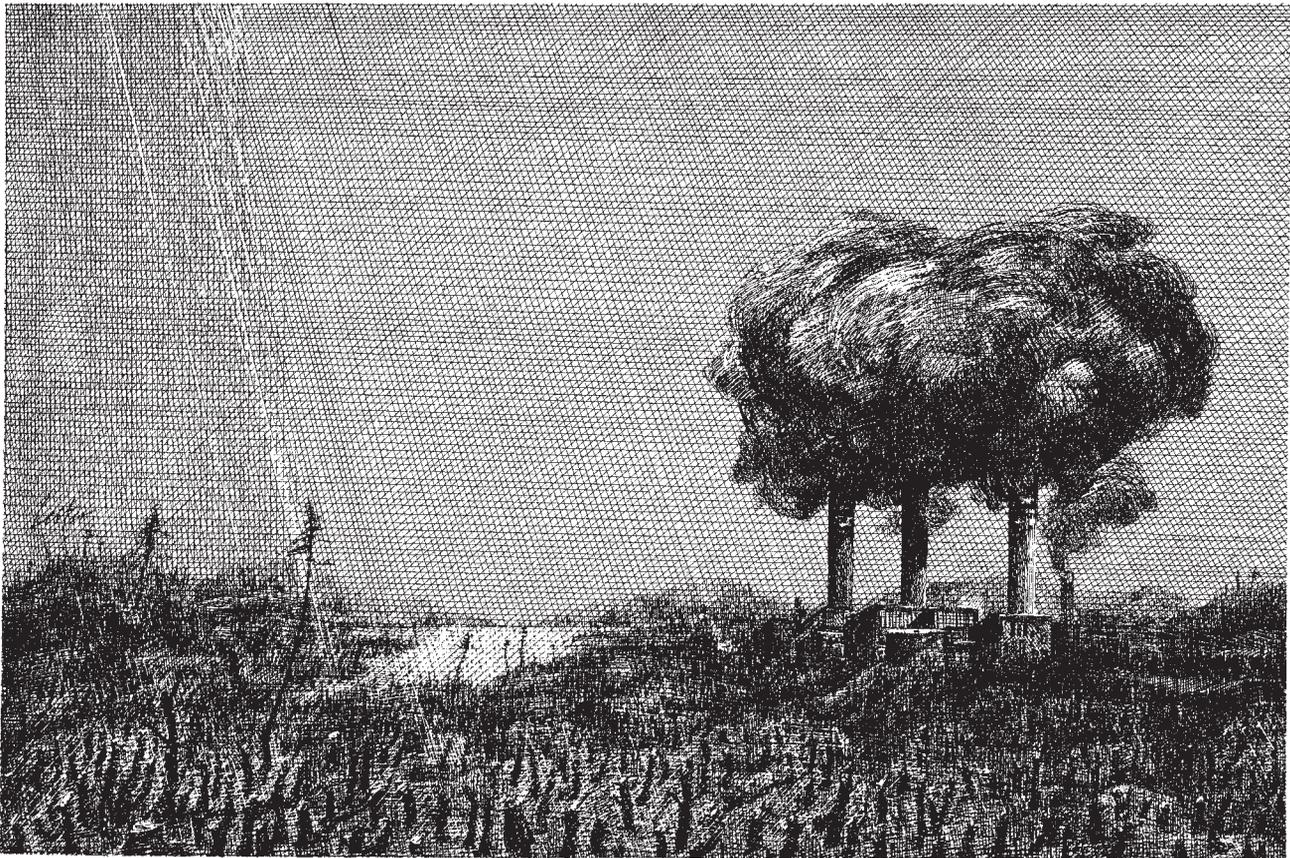
www.unesco.org/shs/humantrafficking

Wasser unter Druck

(bf) Der Druck auf die Ressource Wasser wächst, was leicht vergessen geht in Zeiten der weltweiten Finanzkrise. Der neuste Weltwasser-Entwicklungsbericht der UNO hebt insbesondere die Tatsache hervor, dass Wasser durch Bevölkerungswachstum und veränderte Lebensstandards immer knapper wird. Die Autoren des Berichts, an dem 26 UNO-Agenturen mitgearbeitet haben, zeigen auf, dass Wasser für die wirtschaftliche Entwicklung ebenso wichtig ist wie Konjunkturprogramme. So kosten etwa Katastrophen wie Überschwemmungen und Dürren teilweise bis zu 14 Prozent des Bruttoinlandproduktes eines Landes. Die intensive Bewässerung in der Landwirtschaft verbraucht bereits heute rund 70 Prozent des gesamten Süsswassers. Dieser



Martin Sasse/afaf



Landschaft

Trend, so die Autoren, wird noch zunehmen. Der krasse Gegensatz dazu: Noch immer haben rund 13 Prozent der Weltbevölkerung, nämlich 884 Millionen Menschen – davon 340 Millionen in Afrika – keinen Zugang zu Trinkwasser. www.unesco.org, «Natural Sciences», «Freshwater», «WWAP»

Handy-Jobs

(gn) Neue Technologien schaffen neue Verdienstformen: Die Firma Tختهagle startete im Januar in Kenia ein zukunftssträchtiges Modell, wonach Tausende von Mobiltelefonbesitzern gemeinsam Übersetzungsarbeiten leisten sollen. Wer mitmacht, erhält jeweils per Telefon eine Aufgabe zugestellt, die er löst und an die Zentrale zurück schickt. Erster Kunde ist Nokia: Der Handyhersteller will für alle 60 in Kenia gesprochenen Sprachen ein eigenes Menu erstellen.

Gesucht für diese Aufgabe sind nun Kenianerinnen und Kenianer, die englische Ausdrücke in ihre Muttersprache übersetzen. «Das gleiche Wort oder der gleiche Satz wird an verschiedene Nutzer geschickt. Wenn viele Leute die gleiche Antwort zurücksenden, wird diese vom System als korrekt registriert», erklärt Tختهagle-Gründer Nathan Eagle. Bezahlt wird ebenfalls via Handy: Dank eines Abkommens mit der kenianischen Telefongesellschaft Safaricom, die als Bank fungiert und das ertelefonierte Guthaben in bare Münze umwandelt. www.txteagle.com

Begehrte Kartoffeln

(bf) Der Anbau von Kartoffeln hat sich für einige Entwicklungsländer zu einem lukrativen Geschäft entwickelt. Doch dies könnte sich mit der restriktiven Kreditvergabe durch die welt-

weite Rezession ändern. Gemäss der Welternährungsorganisation FAO ist die Kartoffel nach Getreide das weltweit beliebteste angebaute Nahrungsmittel. 2007 wurden weltweit 325 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet, mehr als die Hälfte davon in Entwicklungsländern. Der Welt grösster Kartoffelproduzent ist China – am meisten Kartoffeln verzehren die Bevölkerungen von Bangladesch, Indien und

Iran. Doch dieses Süd-Süd-Geschäft leidet empfindlich unter der Rezession, da auch die Investitionen in die Kartoffelproduktion, der Handel und die Landwirtschaftskredite zusammengesunken sind. Deshalb fordert die FAO konkrete Massnahmen wie das Vorantreiben der Kartoffelforschung und -entwicklung, um die Produktion zu stimulieren. www.potato2008.org





Demet Tatrovciak

DOSSIER

Im Gegensatz zu den Entwicklungsländern wie Mali stehen vor allem die Industrieländer sowie aufstrebende Schwellenländer wie China (oben) in der Pflicht, ihr Handeln an die veränderten Umweltbedingungen anzupassen, denn vom Funktionieren der Ökosysteme sind wir alle abhängig



Berthold Sternhüber/afp

Mehr Wohlstand mit weniger Energie! Wie geht das?

Auf der Erde wird es wärmer. Das hat Folgen: Der Klimawandel stellt die internationale Gemeinschaft vor neue Herausforderungen. Zur Debatte steht die Schaffung einer globalen Regelung zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen als Basis für eine gerechte Weltklimapolitik. Von Gabriela Neuhaus.

Kein Tag ohne News von der Klimafont – die globale Erwärmung ist ein politischer Dauerbrenner. Und sie ist längst nicht mehr nur ein Thema für Klimatologen und Umweltpolitiker – der Klimawandel stellt namentlich auch die Entwicklungszusammenarbeit vor neue, grosse Herausforderungen. Fest steht: In den letzten hundert Jahren ist die globale Durchschnittstemperatur um 0,74 Grad Celsius gestiegen. Der Grund dafür ist eine erhöhte Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre, die durch menschliche Aktivitäten, vor allem durch das Verbrennen fossiler Energieträger, verursacht worden ist – und weiterhin verursacht wird. Aber auch durch grossflächige Abholzungen von Wäldern oder Emissionen aus der Landwirtschaft.

Beschleunigte Erwärmung, zunehmende Naturkatastrophen

Die Erwärmung, so zeigen die Statistiken, hat sich in den letzten Jahren beschleunigt und wird laut den Prognosen der Klimaforscher weiter zunehmen. Die Folgen, auch wenn es nur um wenige Grad Celsius wärmer wird, werden das Leben auf unserem Planeten entscheidend beeinflussen: Rund die Hälfte der Landoberflächen liegt in tropischen und subtropischen Klimazonen, wo sich die Wüstengebiete weiter ausdehnen dürften. Betroffen sind aber auch ganze Inselgruppen und Küstenregionen, die im Meer zu versinken drohen, weil das Schmelzen des Polareises zum Anstieg des Meeresspiegels führt.

Der Rückzug der Gletscher in Bergregionen wie den Anden oder dem Himalaya wirkt sich bereits heute auf lokale Mikroklimas sowie auf den Wasserhaushalt gesamter Flusssysteme aus. Weltweit zugenommen haben klimatische Extremereignisse wie Kälte- und Hitzewellen, Wirbelstürme und Hurrikane, was ebenfalls auf die Klimaerwärmung zurückgeführt wird. Je schneller und stärker die Temperaturen ansteigen, desto grösser

ist zudem die Gefahr, dass ganze Ökosysteme kollabieren.

Besonders stark zu spüren werden die negativen Folgen des Klimawandels vor allem in Entwicklungsländern sein. Zum einen aus geografischen Gründen, weil ein Grossteil dieser Länder in klimatisch verletzlichen Weltregionen liegt. Vor allem aber, weil Menschen, die direkt vom Funktionieren der Ökosysteme in ihrem Umfeld abhängen und kaum Möglichkeiten haben, ihr Handeln an veränderte Umweltbedingungen anzupassen, besonders gefährdet sind: Ein Kleinbauer in der Sahelzone kann es sich nicht leisten, eine elektrische Pumpe zu installieren und zweihundert Meter tief nach Wasser zu bohren. Und die Fischer in Bangladesch verfügen nicht über Mittel und Know-how, um meterhohe Dämme gegen das vorrückende Meer zu bauen.

Soziale Folgen mit hoher Sprengkraft

Wenn heute bewohntes und bebautes Land im Meer versinkt oder zur Wüste wird, werden Hunderttausende von Menschen in die Flucht getrieben. Wenn Ressourcen wie beispielsweise Nahrungsmittel oder Wasser knapp werden, kommt es zu Hungersnöten, Konflikten und Kriegen. Die möglichen sozialen Folgen des Klimawandels stellen somit nicht nur die Millenniums-Entwicklungsziele in Frage – die Gefahr besteht, dass bereits Erreichtes zerstört und die Armut erneut zunehmen wird.

Hier zeigen sich die Komplexität und globale Sprengkraft der Klimaproblematik in aller Deutlichkeit: Hauptverantwortlich für die aktuelle Klimasituation sind nämlich die Industrieländer, deren Aktivitäten in den letzten hundert Jahren die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre ansteigen liessen – und die auch heute noch mit einem Weltbevölkerungsanteil von 20 Prozent für die Hälfte der gesamten CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Mit dem Kyoto-Pro-

Mehr Wohlstand ist unweigerlich mit einer Steigerung des Energieverbrauchs verbunden, was wiederum den Klimawandel beschleunigt – doch die Folgen des Klimawandels verspüren Entwicklungsländer wie Sumatra nach dem Tsunami (unten links) oder Haiti mit seinen regelmäßig wiederkehrenden Tropenstürmen weit mehr als Industrieländer



The New York Times/Reuters/af



Martin Sasse/af



The New York Times/Reuters/af

Der Treibhauseffekt

Die Erdatmosphäre hält einen Teil der Wärme, die von der Erdoberfläche abgegeben wird, zurück. Dank diesem natürlichen Treibhauseffekt, hervorgerufen durch Wasserdampf und sogenannte Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO₂), Methan oder Lachgas wird die durchschnittliche Welttemperatur von -18 Grad (wenn es keine Atmosphäre gäbe) um über 30 Grad erhöht, was Leben in der heutigen Form überhaupt erst möglich macht. Die Konzentration der Treibhausgase in der Erdatmosphäre war schon immer natürlichen Schwankungen unterworfen. Seit rund hundert Jahren werden diese aber zunehmend von den Auswirkungen menschlicher Aktivitäten überlagert, die zu einer Anreicherung von Gasen in der Atmosphäre führen, welche den Treibhauseffekt verstärken. *Siehe auch Rubrik «Was eigentlich ist...?» S.25*

tokoll haben sich die unterzeichnenden Industrieländer denn auch verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren. Allerdings liegt das angestrebte Niveau noch weit über dem weltweiten Durchschnitt.

Höherer Lebensstandard – mehr Emissionen

Der Grund, weshalb Schwellen- und Entwicklungsländer vergleichsweise niedrige Emissionswerte aufweisen, ist eng mit der Armutproblematik verknüpft: So haben beispielsweise in Ruanda 90 Prozent aller Haushalte bis heute keinen Stromanschluss, und auch in Schwellenländern wie Indien oder China lebt ein Grossteil der Bevölkerung nach wie vor unter der Armutsgrenze. Angestrebte Verbesserungen des Lebensstandards wie die Elektrifizierung von Dörfern oder Produktionssteigerungen in Landwirtschaft und Gewerbe, aber auch die Verbesserung von Marktzugang und Mobilität oder die Einführung von Computern und Mobiltelefonen sind un-

weigerlich mit einer Steigerung des Energieverbrauchs verbunden. Angesichts der aktuellen Bedrohung durch den Klimawandel sucht man in der Armutbekämpfung nun nach Wegen, diese beiden Grössen zu entkoppeln.

Ob und wie dies zu erreichen ist, darüber gehen die Meinungen zum Teil diametral auseinander. Die Vielfalt von Projekten und Programmen, welche von Gremien wie der Weltbank bis zur dörflichen NGO diskutiert werden, reichen von der Weiterentwicklung und Anpassung traditioneller dezentraler Methoden bis zur Hoffnung auf Investitionen in neue Technologien, welche CO₂-arme Energiegewinnung im grossen Massstab versprechen. Dass solche Lösungsansätze auch problematisch sein können, zeigt sich am Beispiel der sogenannten CO₂-neutralen Agrotreibstoffe, deren Anbau in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion steht. Umstritten sind aber auch die Weiterentwicklung und Förderung der Nuklearenergie oder der Einsatz von Gentechnologie zur Züchtung neuartiger Pflanzen für die Energiegewinnung.



Redux Pictures/Getty

Jährlich fallen rund 13 Millionen Hektar Wald der Abholzung zum Opfer und setzen dabei rund zwei Milliarden Tonnen gebundenen Kohlenstoff frei – nun sollen Staaten, die aktiven Waldschutz betreiben dies künftig in bare Münze umwandeln können



Klimarelevante Entwicklungsprojekte

Viele Entwicklungsagenturen, darunter auch die DEZA, setzen eher auf dezentrale und erprobt nachhaltige Strategien. Bereits in der Vergangenheit beinhalteten viele Entwicklungsprojekte, vor allem in Bereichen wie Landwirtschaft oder Waldmanagement, klimarelevante Aspekte. Intakte Wälder etwa haben eine wichtige Funktion fürs Klima, weil sie Treibhausgase abbauen. Aktuell fallen jedoch jährlich rund 13 Millionen Hektar Wald – das entspricht etwa der Fläche von Griechenland oder Nicaragua – der Abholzung zum Opfer, wodurch gebundener Kohlenstoff als CO₂ in der Größenordnung von zwei Milliarden Tonnen freigesetzt wird.

Um diese Waldverluste zu stoppen, initiierte die UNO das Programm REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation). Dieses hat zum Ziel, Wald- und Klimaschutz gezielt miteinander zu verknüpfen. Dabei soll dem Wald als CO₂-Speicher ein wirtschaftlicher Wert beimessen werden, den Staaten, die aktiven Wald-

schutz betreiben, künftig auf dem internationalen Markt in bare Münze verwandeln können. So unterstützen beispielsweise die Schweiz und Deutschland im Rahmen von REDD gemeinsam ein Pilotprojekt der madagassischen Regierung, das zum Ziel hat, mit Hilfe finanzieller Anreize Wiederaufforstung und Erhalt von Wäldern in Madagaskar zu fördern.

Solche marktwirtschaftlich orientierten Instrumente zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Klimaschutz sind nicht neu: Bereits das Kyoto-Protokoll sieht vor, dass Industrieländer ihren CO₂-Überschuss kompensieren, indem sie Energie- und Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützen. Durch die Schaffung dieses Clean Development Mechanism (CDM) sollte auch die Finanzierung notwendiger Massnahmen durch die hauptsächlichlichen Verursacher des Problems gesichert und der Technologietransfer sowie der Aufbau einer klimafreundlichen Wirtschaft im Süden beschleunigt werden.

Klima und Gender

In vielen Gesellschaften sind Frauen von den Folgen des Klimawandels stärker betroffen als Männer. Dies, weil sie etwa in Afrika infolge geschlechterspezifischer Arbeitsteilung für die Suche nach Brennholz und Wasser immer weitere Wege zurücklegen müssen. Frauen sind es aber auch, die in schwierigen Situationen neue Lösungen finden: So entwickelten beispielsweise Frauen in Bangladesch mobile Kochstellen, die es ihnen erlauben, bei drohenden Überschwemmungen ihre Küche in die Hügel zu zügeln. Solch pragmatische und dezentrale Ansätze drohen im Rahmen der aktuellen Klimaverhandlungen unterzugehen. Die DEZA unterstützt deshalb ein Projekt der Organisation Gender CC, welches unter anderem unter dem Motto «Frauen für Klimagerechtigkeit» fünf Frauen aus dem Süden die Teilnahme an den Klimaverhandlungen in Kopenhagen ermöglicht. www.gendercc.net

Krasse Gegensätze als Hindernis

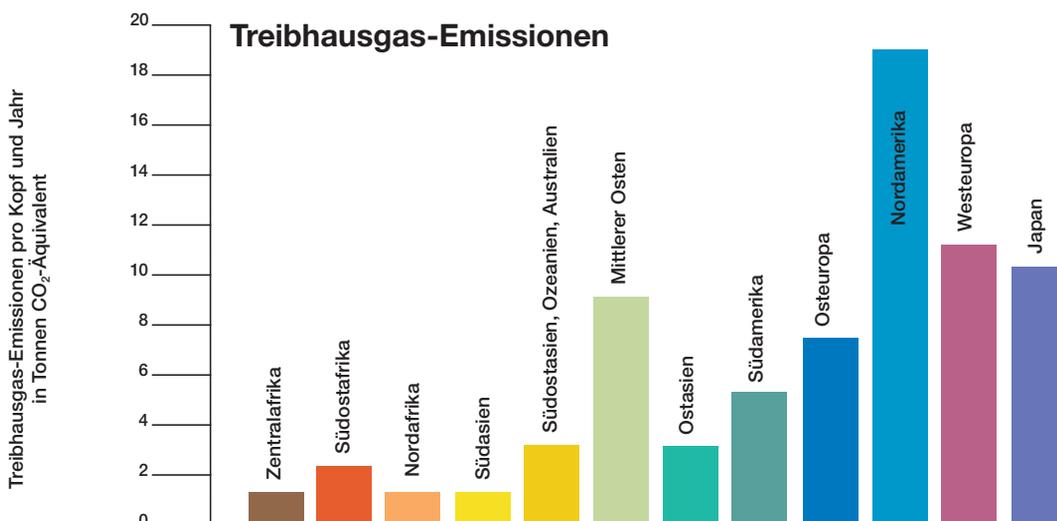
Bisher haben sich die Erwartungen allerdings nicht erfüllt: Viele der im Rahmen des CDM finanzierten Projekte brachten kaum Fortschritte für den Klimaschutz. Um zu verhindern, dass sich künftig reiche CO₂-Sünder auf Kosten des Weltklimas und der armen Länder im Emissionshandel (siehe auch S. 25) günstige Ablassbriefe kaufen, und gar damit noch Gewinn machen, braucht es neue, griffigere Bestimmungen.

Dies setzt allerdings voraus, dass auf internationaler Ebene ein Konsens gefunden wird, wie das Klima in einer globalen Welt effizient, sozialverträglich und nachhaltig geschützt werden kann. Dabei geht es darum, das weitere Wachstum der Treibhausgasemissionen zu begrenzen, und gleichzeitig die nicht zu verhindernden Klimaschäden abzufedern. Der Versuch der Weltgemeinschaft, diese globale Problematik durch ein Regelwerk in den Griff zu

bekommen, ist in vollem Gang.

Allerdings stehen bis heute die weltweiten Bemühungen in krassem Gegensatz zur realen Entwicklung im Klimabereich: Nach wie vor haben kurzfristige Gewinnoptimierungen in weiten Teilen von Wirtschaft und Politik Priorität – auf Kosten einer langfristig orientierten und global nachhaltigen Entwicklung. Dies führte u.a. im letzten Jahr dazu, dass die CO₂-Emissionen weiter zugenommen haben.

Um aber künftige Kosten, die durch Klimaschäden verursacht werden, möglichst gering zu halten, wären dringend mutige Ansätze zum Schutz des Klimas sowohl im lokalen Rahmen wie auf globaler Ebene nötig. Davon ist allerdings, kurz vor der anstehenden Klimakonferenz in Kopenhagen, wo der Grundstein für eine zukunftsfähige, faire Weltklimapolitik gelegt werden soll, kaum etwas zu spüren. ■



Von Rio bis Kopenhagen

Der Grundstein für eine globale Klimapolitik wurde 1992 anlässlich des UNO-Umweltgipfels in Rio mit der Schaffung einer globalen Klimarahmenkonvention (UNFCCC) gelegt. Darin wird festgelegt, dass die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau stabilisiert werden soll, «auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird». Artikel 3 des Abkommens hält fest, dass sich die Vertragsparteien dazu verpflichten, «auf der Grundlage der Gerechtigkeit und entsprechend ihren gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten das Klimasystem zum Wohl heutiger und künftiger Generationen» zu schützen.

Im 1997 verabschiedeten Kyoto-Protokoll wurde fest-

gelegt, welche Massnahmen namentlich von den Industrieländern in einer ersten Verpflichtungsperiode bis 2012 umgesetzt werden müssen. Allerdings wurde das Protokoll von den USA, dem bis anhin grössten CO₂-Emittenten, nie unterzeichnet. In einem weiteren Schritt soll, mit einem neuen Klimaabkommen, das vom 7. bis 18. Dezember 2009 am Klimagipfel in Kopenhagen zur Debatte steht, die Klimazukunft auf der Basis gegenseitiger Verpflichtungen weiter geregelt werden. Strittig sind dabei vor allem der anzustrebende Umfang der Emissionsreduktionen, die Einbindung der Schwellenländer sowie die Umsetzung einer allgemein akzeptierten Berechnung von Kosten und Nutzen im Bereich des Klimaschutzes.

Alles zum Klimagipfel unter www.unfccc.int

Kein Projekt ohne Klimaaspekt



Der Zugang zu nachhaltig sauberer Energie, wie hier in Mali, ist bei der DEZA durchgängig ein Kriterium bei der Armutsbekämpfung

Im Rahmen eines spezifischen Globalen Programms unterstützt die DEZA Energieprojekte sowie Massnahmen für die Anpassung an den Klimawandel in Schwellenländern wie Indien oder China. Zudem engagiert sie sich für globale, faire Klimapartnerschaften und trägt so, über die bisherige Entwicklungszusammenarbeit hinaus, der Dringlichkeit des Klimaproblems Rechnung.

(gn) Auf der Schweizer Botschaft in Peking arbeitet seit kurzem ein Klimaspezialist, der im Auftrag der DEZA insbesondere innovative Projekte im Energiebereich, welche zum Klimaschutz beitragen, vor Ort fördern und betreuen wird. Auch das Kooperationsbüro in Delhi hat neuerdings einen Klimaverantwortlichen, während die übrigen Unterstützungsaktivitäten im einstigen DEZA-Schwerpunktland Indien reduziert werden.

«Im Rahmen unseres Globalen Programms Klimawandel (GPCC) spielen die Schwellenländer eine Schlüsselrolle», begründet Anton Hilber, Co-Leiter des GPCC bei der DEZA, die neuen Mandate. Einerseits, weil gerade diese Staaten einen rasant wachsenden CO₂-Ausstoss verzeichnen und somit zu wichtigen Grosse mittent werden. Vor allem aber, weil sie, mit entsprechender Unterstützung aus dem Norden, zu regionalen Zugpferden einer nachhaltigeren Klimapolitik werden sollen.

Engagement für faire Klimapartnerschaften

Ein weiterer wichtiger Pfeiler des Globalen Programms Klimawandel ist das Engagement der

DEZA auf nationaler und internationaler Ebene für faire Klimapartnerschaften und Regelwerke, die nachhaltige und klimaverträgliche Entwicklung fördern. Ein Grossteil der bisherigen DEZA-Projekte und -Programme, beispielsweise in den Bereichen Landwirtschaft, Waldmanagement oder Förderung von Kleinunternehmen, wurde bereits bisher dem Anspruch nach einer positiven Klimabilanz gerecht.

Neu ist, dass nun sämtliche Entwicklungsaktivitäten nach ihrer Klimarelevanz beurteilt werden: Im Bereich der Armutsbekämpfung sind sowohl die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel ein wichtiges, neues Kriterium, wie auch der Zugang zu nachhaltig produzierter, sauberer Energie. Weitere Themen sind Schutz und Erhaltung lebenswichtiger Ökosysteme sowie die Verhinderung klimabedingter Konflikte.

«Der Klimawandel darf in der Entwicklungszusammenarbeit nicht länger bloss als Unterkapitel des Themas Umwelt betrachtet werden», fordert Anton Hilber. Die Schaffung des GPCC mit einem Jahresbudget von 20 Millionen Franken für ein zusätzliches klimaspezifisches Engagement der DEZA, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. ■

Alles über Klimawandel und Klimaschutz

www.climate-l.org ist eine wichtige Orientierungshilfe für all jene, die sich für die weltweiten Aktivitäten rund um Klimawandel und Klimaschutz interessieren: Unter Federführung des Internationalen Instituts für nachhaltige Entwicklung (IISD) werden die umfangreichen Informationen und Dokumente vor allem zu UNO-Projekten, Konferenzen, Statements und Publikationen rund um Themen, die mit dem Klimawandel zusammenhängen, täglich neu aufdatiert und dem breiten Publikum zur Verfügung gestellt. Angeregt und finanziert wurde diese Informationsdienstleistung von der DEZA, gemeinsam mit dem UK Foreign and Commonwealth Office und dem IISD.

«Dem Planeten ist's egal...»

Der Klimaphysiker Thomas Stocker hat bereits vor zwanzig Jahren über den Zusammenhang zwischen der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre und dem globalen Temperaturanstieg geforscht. Heute leitet er als Ko-Vorsitzender die Arbeitsgruppe Wissenschaft des Weltklimarats und kämpft für eine aktive Klimapolitik. Von Gabriela Neuhaus.



Thomas Stocker studierte an der ETH Zürich Umweltphysik. Bereits in den 1980er Jahren beschäftigte er sich mit der Entwicklung effizienter Klimamodelle und der Untersuchung schneller Klimaschwankungen. Seit 1993 ist er Leiter der Abteilung für Klima- und Umweltphysik an der Universität Bern, welche weltweit führend ist in der Bestimmung der Treibhausgaskonzentrationen der letzten 800 000 Jahre. Für diese Untersuchungen arbeiten die Forscher mit Eisbohrkernen aus Grönland und der Antarktis. Bereits seit 1997 gehört Stocker auch zu den führenden Wissenschaftlern beim Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). Aktuell leitet er, gemeinsam mit dem chinesischen Klimaforscher Qin Dahe, die Arbeitsgruppe Wissenschaft, die den für 2013 geplanten 5. Weltklimabericht erarbeitet.

Eine ausführlichere Version des Interviews mit Thomas Stocker finden Sie auf der DEZA-Webseite unter www.deza.admin.ch/klimawandel



George Gerster/Panos/Stratix

Eine Welt: Wie verstehen Sie Ihre Rolle als Wissenschaftler bei der Gestaltung der künftigen Welt-Klimapolitik?

Thomas Stocker: Als Leiter der Abteilung für Klima- und Umweltphysik an der Uni Bern bin ich dafür verantwortlich, dass gute wissenschaftliche Forschung gemacht wird. Als Ko-Leiter der Arbeitsgruppe Wissenschaft des Weltklimarats IPCC (siehe Randspalte) habe ich die Aufgabe, die besten wissenschaftlichen Erkenntnisse der Klimaforschung so zu präsentieren, dass die Entscheidungsträger über robuste und verständliche Aussagen zum Klimawandel verfügen.

Was ist die grösste Bedrohung aus Ihrer Sicht?

Der vierte Klimabericht des IPCC hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Erwärmung des Klimas eine Reihe von Kettenreaktionen auslöst. Aufgrund verschiedener Studien wissen wir, dass sich Ökosysteme bei schneller Erwärmung nur begrenzt anpassen können. Persönlich bin ich seit einiger Zeit der Überzeugung, dass die Veränderungen im Wasserkreislauf wohl die am weitest reichenden Folgen haben werden: Ein wärmeres Klima beschleunigt den Wasserkreislauf, was dazu führt, dass in trockenen Gebieten das Wasser

schneller verdunstet. Gebiete, die bereits heute unter Trockenheit leiden, werden noch trockener – und in Regenzonen wird es häufiger regnen.

2013 soll der fünfte Weltklimabericht erscheinen. Was wird er Neues bringen?

Von der Forschung werden für verschiedene Themen noch präzisere Aussagen und weitere Resultate erwartet. Für viele Küstenregionen ist von zentraler Bedeutung zu wissen, wie stark der Meeresspiegel ansteigen wird. Um dies voraussagen zu können, müssen wir besser verstehen, wie sich die Eisdecke in Grönland und in der Antarktis unter erwärmten Klimabedingungen entwickelt. Ein weiteres Thema, das uns Forschern besonders am Herzen liegt, ist die Zuordnung regionaler Klimaveränderungen: Bis heute ist die Wissenschaft nicht in der Lage, Zusammenhänge zwischen lokalen Umweltphänomenen wie etwa den Serien sommerlicher Dürreperioden in Spanien und der globalen Klimaerwärmung aufzuzeigen. Erst wenn wir beweisen können, dass das Versiegen des Brunnens im eigenen Garten mit dem globalen Klimawandel zusammenhängt, wird es lokalpolitisch zu entsprechenden Entscheidungen kommen. Die Bereitschaft, Massnahmen für den Klima-

schutz zu ergreifen ist grösser, wenn ich direkt betroffen bin und wenn man die Verursacher konkret benennen kann.

Heute gelten die Industrieländer als Hauptschuldige für den Klimawandel. Wird das auch in Zukunft so sein?

Fest steht, dass die industrialisierten Länder sowohl für den bisherigen wie für den künftigen Klimawandel verantwortlich sind: Wenn ich heute eine

Gesellschaften werden zunehmen, das steht fest.

Was für Massnahmen müssten ergriffen werden, um die Auswirkungen der Klimaerwärmung zu begrenzen?

Wir brauchen neue Technologien und einen viel sparsameren Umgang mit allen Ressourcen. Und wir müssen den Begriff Lebensqualität neu definieren, indem wir möglichst auf geschlossene Material- und Energiezyklen setzen.



Dieter Telerman/Paros/Strates

Mit dem wärmeren Klima werden trockene Gebiete wie in Burkina Faso, die bereits heute unter Trockenheit leiden, noch trockener – in Regenzonen wie in Bangladesch wird es häufiger regnen

Tonne CO₂ ausstosse, hat das Auswirkungen für die nächsten paar hundert Jahre. Heute stehen aber auch die rasch wachsenden Schwellenländer in einer ähnlichen Verantwortung. Zwar nicht für die Vergangenheit, aber in die Zukunft hinein. In diesen Ländern muss nun mit innovativen Technologien verhindert werden, dass sie den Weg über ineffiziente Produkte gehen müssen, wie wir das getan haben. Wenn schon die breite Bevölkerung Auto fahren muss, sollen Gesellschaften wie Indien oder China von Anfang an mit dem Zweiliter-Auto einsteigen.

Gerade in den Schwellen- und Entwicklungsländern nimmt heute der CO₂-Ausstoss weiterhin teilweise enorm zu. Ist das zu verantworten?

Diese Länder haben einen viel niedrigeren Pro-Kopf-Ausstoss als wir: Die meisten sind noch weit unter einem 2000-Watt-Konsum, während wir in der Schweiz den Ausstoss an Treibhausgasen auf zwei Tonnen pro Kopf der Bevölkerung – also um zwei Drittel – reduzieren müssen. Ich sage nicht, dass das unmöglich ist, aber wir können uns nicht in unserem heutigen Zustand sonnen. Denn die Emissionen in den heute wenig industrialisierten

Wieviel Zeit bleibt uns für die Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen?

Durch die Erwärmung werden Ökosysteme verschwinden. Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass unsere Lebensform von diesen Ökosystemen abhängt, dass wir daraus Tag für Tag gratis Leistungen beziehen. Ob und was wir für Massnahmen ergreifen, um diese Zerstörung zu begrenzen, ist dem Planeten Erde eigentlich egal. Die Wissenschaft hatte bereits vor 30 Jahren alle erforderlichen Informationen, um Entscheide zum Schutz des Klimas zu fällen. Damals wäre eine Begrenzung der Erwärmung auf 2 Grad über der vorindustriellen Durchschnittstemperatur relativ einfach umzusetzen gewesen. Seither haben wir enorm viel Zeit verloren und dieses Ziel ist sehr viel ehrgeiziger geworden. Doch bereits ein zusätzliches Grad Klimaerwärmung kann drastische Folgen haben. Die Frage ist nun, wie viel Schaden wir auf unserem überbevölkerten Planeten verkraften können. Die sogenannte «Bewohnbarkeit» steht auf dem Spiel, die wir durch unser Verhalten ständig weiter reduzieren. ■

Der Weltklimarat

Der Weltklimarat – mit vollem Namen Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) – erhielt 2007 den Friedensnobelpreis. Zusammen mit dem amerikanischen Politiker Al Gore wurde die Organisation für ihre Bemühungen ausgezeichnet, das Wissen über den menschengemachten Klimawandel zu erweitern und zu verbreiten. Der IPCC, 1988 von der Weltorganisation für Meteorologie und dem Umweltprogramm der UNO gegründet, hat sich durch seine Berichte zum Klimawandel, die von Experten erarbeitet und von allen Ländern mitgetragen werden, als weltweit angesehenes Expertengremium etabliert. Der vierte Sachstandsbericht zum Weltklima erschien 2007 und liefert die Basis für die aktuellen Verhandlungen zur globalen Klimapolitik.



Schmelzende Gletscher bedrohen Perus Bauern

Das Klima verändert Ökosysteme und als Folge davon beispielsweise auch die Kartoffelkulturen mit bisher nicht gekannten Krankheiten



Grossmann/Art

Im peruanischen Hochland müssen die Bauern ihre Anbaumethoden bereits heute veränderten Umweltbedingungen anpassen. Was daraus für die Zukunft gelernt werden kann, wird momentan im Rahmen eines Schweizer Projekts getestet.

Kostbares Wasser

Die reichhaltige Biodiversität im peruanischen Hochland ist u.a. durch zunehmende Trockenheit akut gefährdet. Wasser ist deshalb, nebst Katastrophenprävention und Ernährungssicherung, eines der drei Schwerpunktthemen des peruanisch-schweizerischen Projekts zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Dabei sollen etwa Speicher- und Bewässerungsmethoden verbessert werden. Neue Organisationsformen für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Wassers zielen darauf ab, eine gerechte Verteilung der knapper werdenden Ressourcen zu garantieren. Oder es wird nach trockenresistenteren Kartoffelsorten gesucht.

(gn) Es ist wärmer geworden im peruanischen Hochland, die Gletscher schmelzen. Auf den ersten Blick ein Vorteil für die Bauern in der Andenregion, weil sich damit die Vegetationsgrenze nach oben verschiebt. Die Kehrseite: Ihre Kartoffelkulturen werden von bisher nicht gekannten Krankheiten befallen, immer länger werdende Trockenperioden führen zu Dürre, intensivere Regenzeiten sowie klimatische Extremereignisse wie Kälteellen oder heftige Unwetter bedrohen nicht nur die Ernte der Bauern, sondern deren ganze Existenz.

Natürlich wissen sich die Menschen zu helfen, sie passen ihre Lebensweise, wie sie dies seit Jahrhunderten gewohnt sind, den veränderten Umweltbedingungen an. Doch das reicht nicht, schon gar nicht in einer Region, wo ein Grossteil der Bevölkerung nach wie vor unter der Armutsgrenze lebt. Deshalb sollen nun, im Rahmen eines Projekts, das von der DEZA zusammen mit peruanischen Partnerorganisationen initiiert worden ist, Anpassungsstrategien verbessert werden.

Klima besser vorhersagen

«Wir wollen traditionelles Wissen mit wissenschaftlich fundierten Vorhersagen zusammen brin-

gen», sagt Projektleiterin und -initiatorin Janine Kuriger. Das Ziel: Mit Hilfe von Klimamodellierungen und wissenschaftlicher Datenerhebung sollen längerfristige Prognosen und damit effiziente Anpassungen an veränderte klimatische Bedingungen möglich werden. Wichtiger Bestandteil des Projekts ist daher der Aufbau eines Informationssystems, welches Vorhersagen zum Klima und damit eine verbesserte Anpassung an sich verändernde Bedingungen ermöglicht.

Das Projekt wurde im Sommer 2008 gestartet und beschränkt sich in einer ersten Phase auf die beiden Provinzen Cuzco und Apurimac. Diese Regionen, in denen die Schweiz bereits über langjährige Entwicklungserfahrung verfügt, wurden ausgewählt, weil der Anteil der Armen an der Bevölkerung hier nach wie vor hoch ist, und weil die fragilen Bergökosysteme von den veränderten Klimabedingungen besonders stark betroffen sind.

«Die lokalen Erfahrungen wollen wir auf regionaler und nationaler Ebene einspeisen und damit den Politikdialog beeinflussen», stellt Janine Kuriger in Aussicht. «Natürlich hoffen wir auf baldige Resultate, denn weltweit mangelt es momentan an Instrumenten und Strategien für die Anpassung an veränderte Klimabedingungen.» ■

«Sauberes» Licht zieht an



Anita Cassese

Das kleine Wasserkraftwerk Bilampí versorgt nicht nur 380 Familien mit Elektrizität, sondern sucht gar zusätzlich noch gewerbliche Kunden

Knapp die Hälfte der Nicaraguaner leben ohne elektrischen Anschluss. Gemeinsam mit der Regierung und anderen Gebern fördert die DEZA den Bau kleiner Wasserkraftwerke in ländlichen Provinzen. Die saubere Energieproduktion soll nicht nur Licht in die abgeschiedenen Gemeinden bringen, sondern auch Investoren fürs Gewerbe anziehen. Von Anita Cassese*.

Kohle erhitzen fürs Bügeleisen, unter Kerzenschein die letzten Hausarbeiten verrichten, oder nur im Traum an eine eisgekühlte Limonade denken – diese Zeiten sind für Delia Valle Ortega vorbei. Seit zwei Jahren produziert das kleine Wasserkraftwerk Bilampí am Fluss ihrer Gemeinde Wanawás, einer Provinz im Norden Nicaraguas, mit Wasser Elektrizität. Das bringt nicht nur das elektrische Bügeleisen und den Stromstecker ins Haus. Das Dorf profitiert von neuen Möglichkeiten des Wirtschaftens, der Bildung und der Gesundheitsversorgung.

Mehr Sorge zur Umwelt

In Nicaragua haben 45 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu elektrischer Energie. Damit befindet sich das Land am Schluss der Skala in Zentralamerika. Die Mehrheit dieser Menschen lebt auf dem Land im Norden und in den Provinzen der atlantischen Küste. In Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gebern, dem Energieministerium und den betroffenen Gemeinden, fördert die DEZA dort seit 2004 die Produktion von Hydroelektrizität.

Die Wasserkraftwerke produzieren Energie auf nachhaltige Weise und helfen, die schädlichen Treibhausgase zu vermindern. Die Projektleiter vor Ort haben zudem beobachtet, dass die Nutzniesser ein höheres Umweltbewusstsein entwickeln. So halten sie die Landbesitzer im Einzugsgebiet des Wasserkraftwerks an, zum Wald und zum Flussbecken Sorge zu tragen. Denn sie wissen, dass Verschmutzung oder Rodung die Wasserversorgung und die Stromerzeugung gefährden. Das kleine Wasserkraftwerk Bilampí in Doña Delias Gemeinde versorgt 380 Familien mit elektrischer Energie. Das Potenzial von 320 Kilowatt ist dabei noch lange nicht ausgeschöpft. Eine grosse Herausforderung wird sein, neue Kunden für das Wasserkraftwerk zu gewinnen: Gehofft wird auf Investoren fürs ländliche Gewerbe und auf Unternehmen wie Schlachthöfe oder Schreinereien, die für ihre Produktion auf Strom angewiesen sind. ■

**Anita Cassese ist freie Journalistin und lebt in Bern; sie hat das DEZA-Projekt im Rahmen eines Medienstages in Nicaragua besucht.*

88 Prozent Energiepotenzial ungenutzt

Nicaragua verfügt über ein grosses Potenzial an alternativen Energiequellen: Laut einer Berechnung des Energieministeriums könnten insgesamt 3000 Megawatt aus Wasser (Hydroelektrizität), Holz (Biomasse), Vulkandampf (Geothermik) und Windenergie erzeugt werden. Derzeit werden aber nur 12 Prozent dieses Potenzials ausgeschöpft. Stattdessen erzeugt das Land zu 70 Prozent Energie auf Basis fossiler Brennstoffe. Die Einfuhr von Erdöl schlägt dem Staat aufs Portemonnaie und ist weder nachhaltig noch wirtschaftlich. Zudem rechnet die Regierung mit einer Verdoppelung der Nachfrage nach Energie in den nächsten zehn Jahren. Geplant ist deshalb, die Erdölabhängigkeit bis ins Jahr 2012 von 70 auf 46 Prozent zu reduzieren – insbesondere durch Hydroelektrizität. Bis dahin soll auch der Anteil in der Bevölkerung mit Zugang zu Strom auf 70 Prozent erhöht werden.



Ardne Van Zandbergen/Still Pictures

«Wer krank ist, muss für einen Platz im Spital schmieren»

Mosambik gilt als afrikanisches Musterland. Beeindruckende Wachstumsraten und eine seit Jahren andauernde friedliche Entwicklung. Keine Selbstverständlichkeit nach einem langen Bürgerkrieg, der erst 1992 zu Ende ging. Die ärmere Bevölkerungsschicht ist aber weit davon entfernt, auch etwas von diesem «Wirtschaftswunder» zu profitieren. Von Jean-Pierre Kapp*.

Mosambik ist in den letzten Jahren immer wieder für die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten gelobt worden. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs seit 1994 im Durchschnitt um fast acht Prozent und die mosambikanische Regierung konnte laufend die Ansiedlung von neuen Grossunternehmen melden, welche die Ausbeutung der Rohstoffe des Landes in Angriff nahmen oder sich wegen der attraktiven Investitionsbedingungen im Land niederliessen. Auch während der gegenwärtigen Wirtschaftskrise kann Mosambik noch mit einem Wachstum von über fünf Prozent rechnen.

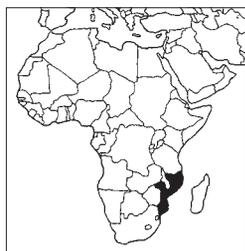
In der Nähe von Maputo entstand mit dem Unternehmen Mozal eine der grössten Aluminiumschmelzen weltweit und in Mittelmosambik werden Gasvorkommen ausgebeutet. Im Norden laufen Vorbereitungsarbeiten für den Abbau von Kohlevorkommen und von Titansanden. Weiteren

Auftrieb erhielt die Wirtschaft durch den Ausbau des Zuckerrohranbaus. In den nächsten Jahren soll mit der Herstellung von Biotreibstoffen begonnen werden.

Wer keinen Job findet, eröffnet einen Marktstand

Die eindrücklichen Fakten können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der grösste Teil der Bevölkerung immer noch in Armut lebt. Die meisten Mosambikaner leben als Bauern und produzieren gerade so viel, wie sie zum Überleben benötigen. Ein Teil der ländlichen Bevölkerung hat allerdings in den letzten Jahren versucht, sich in Grossstädten eine neue Existenz aufzubauen – meist allerdings mit wenig Erfolg. Arbeitsplätze sind kaum vorhanden.

«Wir haben die Freiheit, aber kaum etwas zum



Leben», erklärt der 32jährige Arone Machava frustriert. Machava, der im informellen Teil des grossen Marktes von Xipamanine in Maputo gebrauchte Schuhe und Kleider verkauft, nimmt einen Schluck aus der Bierflasche und fährt fort: «Das Geschäft läuft schlecht, die Leute haben kaum Geld. Immer mehr Leute ziehen vom Land in die Stadt und suchen Arbeit. Finden sie keinen Arbeitsplatz, er-



sambikaner empfinden. Bisher profitieren nur wenige vom Wirtschaftswachstum. Die Regierung in Maputo hat seit 1992 das Land befriedet. Die von Bürgerkrieg und Befreiungskrieg verwüstete Infrastruktur wurde mit Hilfe westlicher Geberländer zu einem grossen Teil wieder instand gestellt. Mehrere Millionen Flüchtlinge und Vertriebene konnten wieder in ihre Dörfer zurückkehren und



öffnen sie einen Marktstand. Es ist wahr, die Regierung des Frente de Libertação de Moçambique (Frelimo) hat uns Frieden gebracht, aber vom Wachstum merken wir nichts. Das Leben wird teurer und wer krank ist, muss für einen Platz im Spital schmieren.» Ganz so schlimm, meint er zum Schluss, sei es nun vielleicht doch nicht. Die Frelimo-Regierung habe dafür gesorgt, dass der Schulbesuch bis zum Ende der Unterstufe kostenlos sei und die Leute genug zu essen hätten. Aber gut gehe es bisher nicht vielen.

Dies bestätigt auch die 30jährige Aida Finias, die in den Barracas do Museu im wohlhabenderen Teil der Stadt, eine Küche in einer der Bretterbuden betreibt. Von so etwas wie wirtschaftlichem Aufschwung habe sie nichts bemerkt. Vom Wohlstand und Luxus im Polana Einkaufszentrum, das nur wenige Hundert Meter entfernt ist, bekommt sie nichts mit. Wer Geld hat, erklärt sie, verirre sich nicht in die engen Gassen der Barracas do Museu.

Nur wenige profitieren vom Wachstum

Aber die Hoffnung hat Aida dennoch nicht aufgegeben. Ihre Söhne Joaquim und Armando besuchen die Schule. Sie hofft deshalb, dass die Kinder später von der Entwicklung profitieren können. Zurzeit gehe es aber nur einem kleinen Teil der Bevölkerung wirklich besser und nur eine ganz kleine Schicht um die Parteiführung und die Regierung sei in den letzten Jahren wirklich zu Wohlstand gekommen.

Machava und Aida sprechen aus, was viele Mo-

bearbeiten nun wieder ihre Böden. All dies hat dazu geführt, dass der Teil der in grosser Armut lebenden Bevölkerung von 70 auf 54 Prozent gesunken ist, die landwirtschaftliche Produktion leicht anstieg und die Analphabetenrate sank.

Was konsumiert wird, soll lokal produziert werden

Trotzdem haben nicht nur Machava und Aida das Gefühl, dass sich kaum etwas verändert hat. Das dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass mit 54 Prozent immer noch viele Mosambikaner in Armut leben und dies, obwohl die Armutsgrenze von der Regierung tiefer angesetzt wurde als bei der UNO, wo die Grenzlinie bei einem Dollar pro Person und Tag liegt. Wenn dieser Massstab angewandt würde, läge die Zahl der in Armut lebenden Personen noch höher. Viele Mosambikaner sind zudem von der Aids-Epidemie betroffen, die auch in Mosambik immer noch vielen Menschen das Leben kostet und die Entwicklung behindert.

Dazu kommt die Tatsache, dass die eindrücklichen Wachstumsraten vor allem auf die Realisierung einiger weniger Grossprojekte zurückzuführen war. Diese Projekte sind zwar kostenintensiv, schaffen aber kaum Arbeitsplätze. Die meisten für die Realisierung benötigten Dienstleistungen, Materialien und Maschinen werden zudem aus Südafrika importiert. Schliesslich zahlen diese Unternehmen praktisch keine Steuern, weil die mosambikanische Regierung nach dem Bürgerkrieg

Aids-Epidemie wütet weiter

Die Aids-Epidemie wütet in Mosambik wie auch in den andern Ländern des südlichen Afrika weiter. Nach Angaben der UNO-Organisation Unaid sind etwa 12,5 Prozent der mosambikanischen Bevölkerung mit dem lebensgefährlichen Virus infiziert und die Tendenz ist weiter steigend. Bei der sexuell aktiven Bevölkerung der 16- bis 45jährigen liegt die Infektionsrate bei etwas über 16 Prozent. Der Zugang zu Aids-Medikamenten konnte in den letzten Jahren zwar ausgeweitet werden, ist mit etwas mehr als 30 Prozent aber relativ gering. Die Zahl der Aids-Toten liegt deshalb mit etwa 100 000 pro Jahr immer noch hoch, scheint sich in den letzten Jahren aber auf diesem Niveau stabilisiert zu haben. Dass sich Aids in Mosambik weiter ausbreitet, dürfte wie in andern Ländern der Region auf ungenügende Präventionsmassnahmen und die Ächtung von Aids-Kranken durch die lokale Bevölkerung zurückzuführen sein. Aids wird vor allem in ländlichen Gegenden nach wie vor mit Hexerei in Verbindung gebracht.



Ernst Tölgisch/Still Pictures

Mächtiger Nachbar

Die Geschicke Mosambiks sind stark von der Entwicklung im Nachbarland Südafrika abhängig. Südafrika ist mit 41,4 Prozent der grösste Importeur mosambikanischer Waren und Dienstleistungen. Der mächtige Nachbar ist auch einer der wichtigsten Exporteure nach Mosambik. In den Supermärkten von Maputo dominieren südafrikanische Waren und die grossen mosambikanischen Unternehmen importieren fast alle wichtigen Waren, Maschinen und Dienstleistungen aus dem Nachbarland. Südafrika ist auch einer der grössten Investoren. Fast alle ausländischen Gelder, die für den Ausbau der kommerziellen Landwirtschaft und den aufstrebenden Tourismussektor eingesetzt werden, stammen vom Kap. Schliesslich ist Südafrika auch ein wichtiger Arbeitsort. Es wird geschätzt, dass etwa 300 000 Mosambikaner in Südafrika arbeiten, 30 000 davon legal in den Minen. Etwa 270 000 arbeiten illegal als Gelegenheitsarbeiter oder Strassenhändler vor allem im Grossraum Johannesburg.

mit allen Mitteln versucht hatte, die Wirtschaft neu zu beleben.

Zu einem Wiederaufbau einer für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigen Schicht von kleinen und mittleren Unternehmen ist es dagegen bisher nicht gekommen. Dies hat zur Folge, dass bisher eine neue und vom politischen Führungskreis des Landes unabhängigen Mittelschicht nicht entstehen konnte, wie der Ökonom Carlos Nuno Castel-Branco erklärt. Der Leiter des Instituto de Estudos Sociais e Economicos (Iese) fordert deshalb eine andere Nutzung der Mittel der Geberländer.

Bisher sind Hilfsgelder der westlichen Staaten vor allem als Budgethilfe, zum Wiederaufbau des Gesundheits- und Schulwesens und zur Sanierung der Infrastruktur des Landes eingesetzt worden. Nun seien Mittel für die Förderung der Ausbildung und der Schaffung von Unternehmen nötig, erklärt Castel-Branco. Es sei für die Entwicklung wichtig, dass ein Teil der Produkte und Dienstleistungen, die in Mosambik konsumiert auch im Land produziert werden. Mit der Schaffung entsprechender Betriebe werde auch die Grundlage geschaffen, um die Abhängigkeit vom Rohstoffexport zu reduzieren.

Schamlos ausgenützte Machtposition

Zur Förderung von neuen Unternehmen sind aber nicht nur Gelder nötig, sondern auch die Umsetzung von Reformen, wie zum Beispiel die Vereinfachung der Vorschriften für die Gründung neuer Betriebe. Kleinunternehmen müssen zudem leichter zu Krediten gelangen können. Die Grossbanken sind wegen der fehlenden Sicherheiten mit der Kreditvergabe sehr zurückhaltend. Und schliesslich muss auch etwas gegen die im ganzen Land grassierende Korruption und Vetternwirtschaft getan werden. Die wichtigsten Bereiche der Wirtschaft werden von den Frelimo-Führern und ihren Familien kontrolliert. Und Ordnungshüter, Beamte und Gerichte haben die Tendenz ihre Machtposition shamlos auszu-

nützen. «Die Polizisten nehmen uns aus, wo sie nur können», beklagt sich Machava.

Nicht zuletzt würde es dem Land auch gut tun, wenn etwas mehr Leben in die politische Landschaft käme. Die Frelimo dominiert das politische Geschehen im Land völlig. Die Oppositionspartei, Resistência Nacional de Moçambique (Renamo) von Afonso Dhlakama hat in den letzten Jahren an Einfluss verloren. Noch in den letzten Monaten verlor die Renamo vier von fünf von ihr gehaltene Stadträte und Bürgermeisterämter. Bei den Wahlen schien zwar nicht immer alles korrekt abgelaufen zu sein, doch dürfte der Niedergang auch auf Dhlakamas Führungsstil zurückzuführen sein, der keinerlei Widerspruch duldet.

Ein Hoffnungsschimmer

Die Schwäche der Opposition dürfte dazu führen, dass die Frelimo und Präsident Armando Guebuza auch die Ende 2009 anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gewinnen und danach noch weniger bereit sein dürften, Reformen umzusetzen. Entsprechende Forderungen der Geberländer verhallen bisher immer ohne Wirkung. Einen Hoffnungsschimmer gibt es allerdings: Der aus der Renamo ausgeschlossene Daviz Simango hat die Wahlen um das Bürgermeisteramt in Beira erneut gewonnen und hat diesen Frühling eine neue Partei gegründet, das Movimento Democrático de Moçambique (MDM). Simango dürfte durchaus Chancen haben, einen ansehnlichen Anteil der Stimmen für seine Partei zu gewinnen. Die Vormachstellung der Frelimo dürfte aber auch die neue Partei zumindest vorläufig nicht gefährden können. «Bis sich wirklich etwas bewegt, wird es noch einige Jahre dauern», meint Machava. ■

** Jean-Pierre Kapp war lange Jahre NZZ-Korrespondent für das südliche Afrika und arbeitet seit Frühling als freier Journalist in Genf*

Die Schweiz und Mosambik

Verlässlich, glaubwürdig und anpassungsfähig

(bf) Für Mosambik ist die Schweiz weit mehr als eines von vielen Geberländern. Dies insbesondere darum, weil sie eines der ersten Länder überhaupt war, die das südafrikanische Land unterstützten. Die offizielle Zusammenarbeit jährt sich dieses Jahr bereits zum 30. Mal und steht heute symbolhaft für ein langfristiges, verlässliches, glaubwürdiges und anpassungsfähiges Engagement (siehe auch Randspalte).

Bestand die anfängliche Unterstützung vor allem aus humanitärer Hilfe und Projekten im Wasser- und Gesundheitsbereich, passte sich das Programm im Laufe der Zeit den gewandelten Rahmenbedingungen an. So leistete die Schweiz etwa einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung des Friedensabkommens von 1992. Insbesondere ging es dabei um die Demobilisierung, die Wiedereingliederung ehemaliger Soldaten sowie die Unterstützung der Wahlen. Im Jahr 2000 dann beteiligte sie sich nach der verheerenden Flutkatastrophe an der Not- und Wiederaufbauhilfe.

Eines der wichtigsten Kooperationsländer der Schweiz

Heute ist Mosambik mit einem jährlichen Budget von rund 30 Millionen Schweizer Franken, welches von der DEZA und dem SECO finanziert wird, eines der wichtigsten Länder der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Das Programm ist in drei Bereichen aktiv, welche eng miteinander verbunden sind und in welchen sowohl auf lokaler, dezentraler und nationaler Ebene zusammen-

gearbeitet wird: Wirtschaftliche Entwicklung, Gesundheit und lokale Gouvernanz. Verwirklicht wird dies einerseits mit Projekten in den ärmsten Provinzen des Landes, die alle im Norden liegen und wo direkt mit der ländlichen Bevölkerung zusammengearbeitet wird – in Nampula, Cabo Delgado und Niassa. Andererseits werden im Rahmen der generellen Budgethilfe auf nationaler Ebene, zusammen mit Institutionen der Zentralregierung, Projekte und mit weiteren 18 Gebern ein sektorübergreifender Dialog über die Entwicklungsbemühungen des Landes geführt.

Die Schweiz unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung auf nationaler Ebene mit Budgethilfe, in der Reform des Steuerwesens und der Förderung des Privatsektors. Auf lokaler Ebene ist sie mit Projekten im Mikrofinanzbereich und in der fiskalen Dezentralisierung tätig.

Im Gesundheitswesen werden auf lokaler Ebene Projekte für sogenannte «outreach-services» unterstützt, welche Gesundheitsdienste fördern, die direkt zu den Gemeinschaften führen. Dabei wird sowohl mit der lokalen Bevölkerung als auch mit lokalen und schweizerischen Nichtregierungsorganisationen zusammengearbeitet.

Im Bereich lokale Gouvernanz steht der Dezentralisierungsprozess im Mittelpunkt. Dabei werden auch Wasser-Projekte unterstützt, welche der Bevölkerung den Zugang zu Trinkwasser sichern, sowie Prozesse der Mitbeteiligung in den Gemeinden, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die dezentralen Strukturen in den Distrikten fördern. ■

Spannende Broschüre

Haben Sie gewusst, dass es in Mosambik gegen 80 Ethnien und über 40 Sprachen gibt, dass das Land erst seit 1975 unabhängig ist und innerhalb zwei Jahrzehnten einen brutalen Bürgerkrieg sowie zwei radikale Systemwechsel – vom Kolonialismus zum Sozialismus und von dort zum Kapitalismus – erlebt hat? Oder dass die Kooperation mit Mosambik ein beispielhaftes Stück Geschichte der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist, zu der die Schweiz einen nicht unwesentlichen Teil beigetragen hat und immer noch trägt? Aus Anlass der 30jährigen Zusammenarbeit unseres Landes mit Mosambik gibt die DEZA und das SECO die Broschüre «Schweiz – Mosambik; 30 Jahre bilaterale Zusammenarbeit von 1979 bis 2009» heraus. Darin wird kein Loblied auf die Entwicklungszusammenarbeit gesungen, sondern anhand von vielen Beispielen, Autoren und Zahlen kontrovers und hintergründig die Entwicklung dieser wechselvollen Zusammenarbeit aufgezeichnet. Und natürlich erhalten dabei prominente und kritische Stimmen aus Mosambik selber – etwa der bekannte Biologe und Schriftsteller Mia Couto – ihren Platz.

Die Broschüre ist auf Deutsch, Französisch und Portugiesisch erhältlich und kann bestellt werden über info@deza.admin.ch oder www.deza.admin.ch, «Dokumentation», «Neuerscheinungen und Archiv»



Guerray, Ulmrock/Isaf

Wegtauchende Fische, knurrende Mägen



Bernardo Tovela, 70, ist Fischer und lebt in Bairro dos Pescadores. Er hat eine Frau und sechs Kinder. Vier von ihnen leben nicht in Maputo Stadt, zwei wohnen noch bei ihm. Auf seiner Flucht vor den Verwüstungen des bewaffneten Konflikts zwischen den Renamo-Truppen und der Regierung liess er sich hier nieder. Lange Jahre war er Fischer, heute betreibt er Landwirtschaft und einen Kleinhandel. Mit der Zeit wurde er zu einem lokalen Wiederverkäufer von alkoholfreien Getränken. Er geht immer noch hobby-mässig fischen, obschon er weiss, dass es mühsam und frustrierend ist.

Seit ich 1980 vor dem Bürgerkrieg im angrenzenden Distrikt Marracuene geflüchtet bin, lebe ich in Bairro dos Pescadores, einem Dorf in der Nähe von Maputo. Früher lebte hier kaum jemand. Es mangelte an Trinkwasser, Gesundheitsdiensten, Schulen und Märkten. Die Stadt lag hinter den Dünen und Schutzbarrieren säumten die Küste.

Dann kamen aus allen Landesteilen immer mehr Menschen. Sie suchten Schutz vor den immer schlimmeren Folgen des Krieges, die im ganzen Land zu spüren waren. Als Hauptstadt war Maputo damals ein sicherer Hafen. Die ganze Nachbarschaft hier wurde von Fischern aufgebaut. Viele müssen vom Fischen leben, obwohl der Beruf kein Auskommen mehr bietet. Auch meiner Familie kann er weder Freude noch Glück bieten.

Ich fische nun seit über 29 Jahren. Wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, hätte ich einen anderen Beruf erlernt. In letzter Zeit ist die Fischerei massiv eingebrochen, im Kleinen wie auch auf grosser, industrieller Ebene. Weil das Wasser immer wärmer wird, verstecken sich die Fische in immer grösseren Tiefen, wo wir nicht hinkommen. Keiner von den mindestens 250 Fischern, die hier ein Boot besitzen, kann seine Familie mit der Fischerei über Wasser halten. Die Behörden sagen, es sei wegen des Klimawandels. Wir spüren es in unseren Bäuchen, wenn es Nacht wird und wenn die Kinder nach Essen fragen, bevor sie zur Schule gehen. Tatsächlich sind die jüngsten Klimakatastrophen ein Besorgnis erregendes Signal. Die Regierung

muss dringend eine Antwort darauf finden. Sie sollte nicht länger in Untätigkeit und Gleichgültigkeit verharren.

Ich wünschte mir, die Regierung und die uns wohl gesinnten Menschen würden uns lehren, wie wir uns anpassen und wie wir unseren Lebensunterhalt mit anderen Mitteln bestreiten können. Denn das Fischen hat sich ja als sehr risikoreich erwiesen – und zudem als kaum einträglich.

Unser Land ist vermehrt Dürren und Küstenerosion ausgesetzt. Bairro ist ein gutes Beispiel dafür. Es sollte ernst genommen werden. Es braucht dringend vorbeugende Massnahmen. Wollen wir aus den schlechten Erfahrungen lernen, dürfen wir nicht schauen, wer für uns tätig werden könnte. Wir müssen Massnahmen umsetzen, die die Umwelt, die Bevölkerung und die Infrastruktur schützen.

Die Rekord-Überschwemmungen im Jahr 2000, die fast das ganze Gebiet im Norden von Mosambik zerstört haben, zeigen eindrücklich, wie wichtig es ist, dass unser Land die Klimaveränderung seriös angeht. In Bairro beschleunigten die Überschwemmungen die Erosion der Küsten. Viele Häuser, die zu nahe an Flüssen standen, verschwanden in den Fluten. Dazu kamen die Flutwellen von 2007, als das Meer zum ersten Mal seit Menschengedenken über die Sandbänke an der Küste hereinbrach.

Die Kleinbauern erlitten durch Salzwasser und Dürre riesige Schäden, mussten zurück zur bereits ausgetrockneten Fischerei, oder waren gezwungen, Lebensmittel einzukaufen oder weit zu reisen, um ein Stück Land zu bestellen. Wegen der hohen Preise für Nahrungsmittel und Transport war Bairro genau wie das ganze Gebiet um Maputo im Jahr 2008 Schauplatz von schwersten Ausschreitungen.

Mein Dorf Bairro zeigt, wie sich der Klimawandel negativ auf das Leben der Menschen auswirkt und das Armutsgefälle noch grösser werden lässt. ■

(Aufgezeichnet von Egidio Vaz Raposo – übersetzt aus dem Englischen)



McPHOTO/SHI Pictures



Wir haben einiges zu bieten und viel zu gewinnen

Schon im Frühjahr war klar, was für die DEZA das Jahresthema 2009 sein würde: Die tief greifende Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie bestimmt gegenwärtig die politische Agenda in der Schweiz und macht sich immer stärker auch für einzelne Bürgerinnen und Bürger direkt bemerkbar.

Etwas in den Hintergrund geraten sind die umfassenden und langfristigen Herausforderungen des Planeten: Der Klimawandel, der Niedergang von Ökosystemen, die Verknappung von Nahrungsmitteln, Wasser und Energie. Das Dossier in dieser Nummer von *Eine Welt* thematisiert den Klimawandel, zeigt Zusammenhänge, Denkanstösse und Auswirkungen auf.

Der kürzlich erschienene Bericht der Commission on Climate Change and Development (Closing the Gaps) bringt das wichtigste Dilemma in diesem Zusammenhang auf den Punkt: Zwischen den Ursachen und Folgen des Klimawandels liegen Tausende von Meilen und Jahrhunderte. Darauf sind weder unsere Ethik (Generationensolidarität) noch unser politisches System vorbereitet. Auch für die Medien sind solche Zeithorizonte ungewöhnlich.

Wie bei den Massnahmen gegen die Wirtschaftskrise besteht deshalb die Gefahr, dass nur kurzfristiges Krisenmanagement betrieben wird und längerfristige Reformschritte ausbleiben. Es wird das Dringende getan und nicht das Wichtige.

In der Arbeit der DEZA hat der Klimawandel heute einen festen Stellenwert. Nicht als zusätzliches Thema, sondern als umfassende Herausforderung, die sämtliche Arbeitsbereiche der DEZA betrifft. Und auch für die DEZA stellen sich neuartige Herausforderungen.

Hilfe an Überschwemmungsoffer und Nahrungsmittelhilfe, die umweltverträgliche Gestaltung der

Programme bleibt wichtig. Sie reichen aber nicht aus, um eine langfristige Wirkung zu erzielen, die auch grosse Distanzen und Zeiträume überwinden kann.

Die Herausforderung hat drei Dimensionen: Die bestehenden weltweiten Regeln und Institutionen sind unzureichend – sie müssen verbessert werden. Es sind Massnahmen zur Verminderung der Treibhausgase notwendig. Und schliesslich geht es darum, die betroffenen Länder und Bevölkerungen bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels zu unterstützen, was selbst dann notwendig wäre, wenn der Schadstoffausstoss rasch reduziert werden könnte. Für diese dreifache Aufgabe werden die etwas abstrakten Begriffe Gouvernanz (Regierungsführung), Mitigation (Verminderung) und Adaptation (Anpassung) verwendet.

Die Auseinandersetzung um den Klimawandel darf aber nicht zum Weltuntergangs-Denken führen. Im Gegenteil: Die Risiken müssen als Chance begriffen und angepackt werden.

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat am diesjährigen World Economic Forum von einem Green New Deal gesprochen. Wer glaubt, dass sich Massnahmen gegen den Klimawandel und wirtschaftlicher Wiederaufschwung ausschliessen, ist noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen.

Die Schweiz hat mit ihren technologischen Kenntnissen und der Tradition sachlicher Problemlösungen in diesem Bereichen einiges zu bieten und viel zu gewinnen. ■

Martin Dahinden
Direktor der DEZA



Stefan Hofmann/Kwa Wazee (9)

Aids: Die Ältesten zahlen die Zeche

In fünf tansanischen Dörfern erhalten 720 besonders benachteiligte Personen eine vom Schweizer Verein Kwa Wazee finanzierte Rente. Bei der Hälfte der Begünstigten handelt es sich um Grossmütter, die eines oder mehrere ihrer zu Aids-Waisen gewordenen Enkelkinder aufgenommen haben. Die finanzielle Stütze ist bescheiden, hat aber die Lebensqualität beträchtlich erhöht.

Schweizer Paten

Kwa Wazee wurde 2003 vom Basler Kurt Madörin gegründet. Der ehemalige Terre des Hommes-Mitarbeiter hatte zuvor während mehrerer Jahre in Nshamba ein Projekt zugunsten von Aids-waisen geleitet. Dabei war ihm bewusst geworden, wie kritisch die Situation der Alten ist, die sich dieser Kinder beim Tod ihrer Eltern annehmen. Als er pensioniert wurde, liess sich Kurt Madörin in Nshamba nieder und beschloss, die Grossmütter mit einer Altersrente zu unterstützen. Freunde in der Schweiz gründeten einen Unterstützungsverein, der bei Privaten, Gemeinden und Stiftungen in der Schweiz Geld sammelt. Der grösste Teil der Spenden geht auf Patinnen und Paten zurück, die sich zur regelmässigen Überweisung von 100 Franken pro Jahr verpflichten. www.kwawazee.ch

(jls)Amina hat vor ihrer Hütte schon vier ihrer zehn Kinder beerdigt – gestorben sind sie alle an Aids. Sie ist 74 Jahre alt und lebt mit ihrer neun-jährigen Enkelin. Ebenfalls über siebzig ist Aurelia. Vor zwei Jahren hat sie ihre Tochter verloren. Sie teilt ihr kleines Einkommen mit drei Enkeln, die keinen Kontakt mehr zu ihrem Vater haben. Eufrazia ist nach eigener Einschätzung bald hundert; sie kümmert sich um fünf Enkel im Alter von acht bis dreizehn Jahren, die ihr dabei helfen, ein wenig Mais, Bohnen und Bananen anzubauen. Von ihren elf Kindern sind bloss noch vier am Leben, aber den Kontakt zu ihnen hat sie verloren. Die drei Bibi (Suaheli für «Oma») leben in Nshamba, im Nordwesten von Tansania, wo Aids stark verbreitet ist.

Die Pandemie hat sie wie Millionen anderer afrikanischer Grossmütter dazu gezwungen, wieder erzieherische Aufgaben zu übernehmen. «Wir können unsere Enkelkinder nicht einfach dem Schicksal überlassen. Um uns Alte aber kümmert sich keiner, ausser Kwa Wazee», berichtet Amina.

Eine staatliche Altersvorsorge fehlt, weshalb die Alten üblicherweise von ihren Kindern über Wasser gehalten werden. Aber diese Familiensolidarität ist zusammengebrochen. Gründe dafür sind die zunehmende Armut, Migration und vor allem Aids, das die Generation der aktiven Erwachsenen stark dezimiert hat.

Etwas mehr Luft

Kwa Wazee (was so viel bedeutet wie «für die Alten») ist in Nshamba und vier weiteren Nachbardörfern tätig. Der von einem Schweizer Entwicklungshelfer im Ruhestand gegründete Verein (siehe Randspalte) setzt ein in der Entwicklungszusammenarbeit nicht alltägliches Projekt um: Mit den in der Schweiz gesammelten privaten Spenden finanziert er Renten für rund 720 besonders benachteiligte Alte.

Neun von zehn Begünstigten sind Frauen, von denen jede zweite für Enkel aufkommen muss. Kwa Wazee lässt ihnen monatlich eine Rente von 6000 Schilling (Fr. 5.30) sowie eine Zulage von 3000



Schilling (Fr. 2.65) pro Kind zukommen. «Diese äusserst geringen Summen stützen das Haushaltsbudget beträchtlich. Sie entsprechen in etwa dem Existenzminimum, das in Tansania bei knapp 20 Rappen pro Tag liegt», erklärt Stefan Hofmann, Sekretär von Kwa Wazee in Bern.

In vielen Fällen entspricht diese Rente mindestens 80 Prozent der finanziellen Mittel, über die die Grossmütter verfügen. Das restliche Einkommen stammt entweder aus dem Verkauf selbst angebaute Nahrungsmittel oder aus Tagelohn für schlecht entschädigte Landarbeit. Oft müssen sie aber ganz einfach bei Nachbarn betteln gehen.

Sparbatzen für Krisen

Zwar verhindert die Rente äusserste Armut, aber sie ist zu bescheiden, um Schicksalsschlägen zu begegnen. Deshalb regte Kwa Wazee die Bildung von Selbsthilfegruppen unter Nachbarn an, die beispielsweise bei Krankheit, Tod oder Naturereignissen einspringen können. Jedes Mitglied speist mit ein paar Schilling seiner Rente eine gemeinsame Kasse, Kwa Wazee verdoppelt diesen Betrag. Muss eine «Bibi» hospitalisiert werden, übernimmt der Krisenfonds Transport, Medikamente und Pflege. Die Nachbarn sprechen sich ab, um ihr regelmässig zu essen zu bringen, ihren Garten in Schuss zu halten und ihre Enkel zu betreuen.

Dank eines finanziellen Beitrags der DEZA konnte Kwa Wazee 2007 die Auswirkungen des Projekts evaluieren. Die Studie hat nachgewiesen, dass die Hilfe in Form von Geldüberweisungen die Lebensqualität dieser Familien spürbar verbessert hat. Ein grosser Teil der Rente wird für die Beschaf-

fung von Nahrungsmitteln verwendet. Währendem vorher alle unterernährt waren, hat die Hälfte der befragten Empfänger nach eigenen Angaben nun genügend zu essen. Ihre Mahlzeiten sind zudem abwechslungsreicher, also qualitativ besser. Der Unterschied ist auch auf psychologischer Ebene spürbar: Die Grossmütter haben ein besseres Selbstwertgefühl und sind zuversichtlicher; sie leben nicht mehr in ständiger Angst, ihren Schützlingen nichts zu essen anbieten oder deren Schulmaterial nicht bezahlen zu können.

Ziel ist eine allgemeine Rente

Leider erreicht das Projekt nur eine Minderheit der Alten. Dabei ist Armut in der Region so verbreitet, dass fast alle Unterstützung benötigen würden. «Es wäre entschieden sinnvoller, ab einem bestimmten Alter allen eine Rente auszurichten. Damit liesse sich der gezwungenermassen subjektive Selektionsprozess vermeiden. Aber unser Budget erlaubt dies nicht», bedauert Stefan Hofmann.

Kwa Wazee hofft, dass die Ergebnisse der Erhebung in Tansania zur politischen Debatte darüber beitragen, welche Massnahmen zur Armutsbekämpfung sich aufdrängen. Denn die Behörden haben zugesichert, für 40 Prozent der Alten bis 2010 eine Sozialversicherung einzurichten. Die Autoren der Studie empfehlen eher, eine allgemeine Rente einzuführen, diese in einer ersten Phase aber auf die Ältesten zu beschränken. Ziel wäre, das Rentenalter anschliessend nach und nach zu senken. ■

(Aus dem Französischen)

Geldüberweisungen gegen die Armut

Bis heute haben nur sehr wenige afrikanische Länder staatliche Altersvorsorgesysteme errichtet. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt jedoch, dass auch ein sehr armes Land ein einfaches Rentensystem finanzieren kann. Die Überweisung eines bescheidenen Ruhegehalts an alle über 60jährigen entspräche in Tansania 1,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens. In den letzten Jahren haben einige Länder im südlichen Afrika beschlossen, Armut mittels Geldüberweisungen zu bekämpfen. So wird in Namibia den über 60jährigen, in Botswana den über 65jährigen und in Lesotho den über 75jährigen eine Rente von rund 30 Franken pro Monat zugeteilt. Mosambik leistet 70 000 städtischen Haushalten mit einem alten oder kranken Familienoberhaupt finanzielle Unterstützung. Verschiedene Studien konnten nachweisen, dass solche Geldhilfe einen äusserst positiven Einfluss auf die Lebensbedingungen hat.

Familienärzte statt Spezialisten



Matti Lutter/visio.nrw

In Bosnien und Herzegowina wird die Stärkung des Basisgesundheitsystems zügig vorangetrieben. Dabei spielen sogenannte Familienärzte eine zentrale Rolle. Zu einem gerechteren, effizienteren und günstigeren Gesundheitswesen trägt auch ein Projekt bei, welches von der Schweiz finanziert wird.

Wichtige Aufgabe der Aussenpolitik

Die Schweiz leistete in Bosnien und Herzegowina während und nach dem Krieg (1992 bis 1995) Not- und Wiederaufbauhilfe für insgesamt 365 Millionen Franken. Ab 1999 verlagerte sich der Fokus auf die langfristige Unterstützung marktwirtschaftlicher und demokratischer Reformen und die Versöhnungsarbeit zwischen den Ethnien. Die Teilnahme an den internationalen Bemühungen zur Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina wurde – nicht zuletzt wegen der grossen Zahl von bosnischen Flüchtlingen in unserem Land – zu einer wichtigen Aufgabe der Schweizer Aussenpolitik.

(mr) «Seit dem Ende des Krieges hat das Gesundheitssystem in Bosnien und Herzegowina grosse Fortschritte erzielt», konstatiert Rose-Marie Henny, stellvertretende Leiterin des Kooperationsbüros der DEZA in Sarajevo. In den Regionen Dobojo, Foca, Tuzla und Sarajevo hat ein seit zehn Jahren laufendes, von der DEZA finanziertes und von der Foundation FaMi umgesetztes Projekt wesentlich zu dieser Wende beigetragen.

Früher gingen kranke oder verletzte Menschen direkt ins Krankenhaus oder suchten einen teuren Facharzt auf. Dies auch deshalb, weil die Zahl der ausgebildeten Spezialisten jene der Allgemeinpraktiker im Land bei weitem überstieg. Die Auswirkungen dieser verfehlten Gesundheitspolitik zeigten sich in einer chronischen Überlastung der Spitäler, einem erschwerten Zugang für die ärmsten Bevölkerungsschichten zum Gesundheitssystem sowie in zu hohen Kosten.

Das Potenzial voll ausschöpfen

Mit der laufenden Reform wurde nun gezielt die Rolle der sogenannten Familienärzte ins Zentrum gerückt. «Bisher konnten in den vier Projektregionen bereits 161 Ambulatorien für Familien-

ärzte wiederhergestellt und eröffnet werden, und der Zugang für sozial schwächere Menschen zum Basisgesundheitsystem deutlich verbessert werden», erklärt Rose-Marie Henny.

Ein Eckpfeiler des Projektes ist die Ausbildung des medizinischen Personals. Seit 1998 konnten so über 800 Ärzte und Krankenschwestern für die Familienarztpraxen ausgebildet werden. Schwerpunkt der Ausbildung sind Prävention und Gesundheitsförderung. Wichtig ist zudem die Stärkung der Rolle der Krankenschwestern. «Wir haben feststellen müssen, dass die Krankenschwestern von den Ärzten in ihren Fähigkeiten sehr oft unterschätzt wurden. Deshalb wurden die Teams unter anderem auch darin geschult, das Potenzial des Pflegepersonals voll auszuschöpfen», erklärt Rose-Marie Henny.

Klar ist: Wenn Krankenschwestern gewisse medizinische Behandlungen und Patientenberatungen selbstständig ausführen, entlasten sie die Ärzte, die sich stattdessen für anspruchsvollere Fälle mehr Zeit nehmen können. Ein weiterer Pfeiler des Projekts ist die Instandstellung der durch den Krieg stark verwüsteten medizinischen Infrastrukturen wie Spitäler und Ambulatorien. ■

Schrittweise erhöhen

(jtm) Das Parlament hat Ende 2008 vom Bundesrat eine Vorlage verlangt, um die Entwicklungshilfe des Bundes bis 2015 schrittweise auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. An seiner Sitzung vom 20. Mai hat der Bundesrat beschlossen, aufgrund unsicherer Wirtschaftsprognosen dem Parlament vorerst einen Bericht zu übermitteln. Dieser wird auf den aktualisierten Wirtschaftsprognosen basieren und die finanziellen und entwicklungspolitischen Konsequenzen der Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens darstellen. Der Bericht wird dem Parlament bis spätestens Ende September vorgelegt werden.

Beitrag an Bulgarien und Rumänien

(lrf) Am vergangenen 5. Juni hat der Bundesrat die Botschaft zum Rahmenkredit für den

Erweiterungsbeitrag zugunsten von Bulgarien und Rumänien an das Parlament überwiesen. Der Beitrag der Schweiz an den Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten beläuft sich auf 257 Millionen Franken über fünf Jahre. 76 Millionen sind für Bulgarien und 181 Millionen für Rumänien vorgesehen. Dieser Erweiterungsbeitrag wird von der DEZA zusammen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO umgesetzt werden. Die Mittel sind für die Finanzierung von Projekten und Programmen in vier Hauptbereichen vorgesehen: Sicherheit, Stabilität und Unterstützung von Reformen sowie menschliche und soziale Entwicklung (Umsetzung durch DEZA); Umwelt und Infrastruktur (SECO und DEZA); Förderung der Privatwirtschaft (SECO). Die erfolgreiche Eingliederung Bulgariens und Rumäniens in die EU liegt auch im Interesse der Schweiz. Das Schweizer

Engagement ist deshalb nicht nur Ausdruck der Solidarität, sondern fördert auch die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Bulgarien und Rumänien sowie zur EU.

Geschlechter-Gleichstellung unter der Lupe

(mq5) Ein unabhängiges Team hat die Massnahmen der DEZA zur Gleichstellung der Geschlechter evaluiert und kommt zum Schluss: «Die DEZA bietet ein günstiges Umfeld für Geschlechter-Gleichstellung.» Die Tätigkeitsbereiche zum Thema Gender sind breit gefächert. In Ländern mit stark unterschiedlichen Machtverhältnissen zwischen Geschlechtern unterstützt die DEZA gezielt die Förderung der Frauenrechte. Daneben betreibt sie Gender-Mainstreaming: Alle von ihr finanzierten Projekte berücksichtigen den Geschlechteraspekt und tragen zu einem stärkeren Einfluss der Frauen bei. Die DEZA bemüht sich

auch in ihrer eigenen Personalpolitik um ein ausgeglichenes Verhältnis von Frauen und Männern. Dies gelingt ihr gemäss dem Evaluationsteam besonders gut. Für das Nachwuchsprogramm wurden weibliche Kandidaten bevorzugt, unter den Programmbeauftragten ist die Geschlechterverteilung ausgeglichen und die Anzahl Frauen in Kaderpositionen hat sich vergrössert. Auch das Gender-Mainstreaming in Schwerpunktländern ist erfolgreich. Die Evaluatoren weisen jedoch auf Lücken in der systematischen Ausformulierung von Zielen und Indikatoren in der Projektplanung und in Länderstrategien hin. Die DEZA beabsichtigt diese Schwäche zu korrigieren, indem sie jedes neue Projekt auf seine genderspezifischen Auswirkungen prüft, bevor seine Finanzierung bewilligt wird.

Was eigentlich ist... Emissionshandel?

(gn) Der Handel mit Emissionszertifikaten geht auf den kanadischen Ökonomen J.H. Dales zurück, der bereits 1968 die Einrichtung eines Markts für Verschmutzungsrechte vorschlug, um die Gewässerverschmutzung durch Industrieabwässer zu reduzieren. Die Idee dahinter: Die Politik legt die obere Grenze bestimmter Emissionen innerhalb eines Gebietes und während eines gewissen Zeitraums fest. Auf dieser Grundlage werden Umweltzertifikate ausgegeben, die nun gehandelt werden können. So kann ein «sauberer Betrieb» zusätzlich Geld verdienen, indem er die ihm zustehenden Verschmutzungszertifikate einem anderen Unternehmen verkauft. Für die Entwicklungspolitik von Bedeutung ist der mit dem Kyoto-Protokoll eingeführte globale Handel mit CO₂-Zertifikaten: Als Grundlage zählt hier der weltweite Ausstoss von Treibhausgasen. Während die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer mit ihren Emissionen weit unter dem globalen Durchschnitt liegen, müssen die Industrieländer ihre Emissionen drastisch reduzieren. Um diesen Prozess zu beschleunigen, können Staaten und Unternehmen ihre überschüssigen CO₂-Emissionen mit Investitionen in nachhaltige Energieprojekte im Süden kompensieren. Beim Emissionshandel steht wegen der politisch festgelegten Grenze fest, wieviel ins-

gesamt reduziert wird – die Kosten richten sich nach marktwirtschaftlichen Kriterien. Bei der Erhebung einer Emissionssteuer hingegen stehen die Kosten fest, offen bleibt hingegen die tatsächliche Reduktion, die durch die Steuer erreicht werden kann.





Josef Mochnowski

Wie viel Mensch verträgt die Welt?

Die Weltbevölkerung soll bis 2050 auf über neun Milliarden Menschen anwachsen. Doch trotz knapp werdender Ressourcen sind Bevölkerungswachstum und Familienplanung in der Entwicklungszusammenarbeit keine prioritären Themen. Von Gabriela Neuhaus.

Stündlich nimmt die Weltbevölkerung um 10000 Menschen zu, weil alle 60 Minuten 10000 Menschen mehr geboren werden als sterben. Heute leben rund 6,8 Milliarden Menschen auf der Erde – im Jahr 2050 sollen es laut UNO-Prognosen 9,2 Milliarden sein.

Für jene Kreise, die aus ökonomischer Sicht jegliche Art von Wachstum positiv werten, ist das eine erfreuliche Zukunftsbotschaft: So sieht etwa eine Studie von Goldman Sachs in Indiens hohem Bevölkerungswachstum die Basis für künftige wirtschaftliche Prosperität. Und Konzerne wie der Agro-Multi Syngenta werben mit der für ihre Geschäfte guten Nachricht «Die Welt braucht mehr Nahrung».

Von Sterilisationskampagnen bis zu Einkindpolitik

Die Rechnung ist einfach: Mehr Menschen auf der Welt, bedeutet aus dieser Sicht mehr Konsum. Demgegenüber warnen Umweltorganisationen wie die Schweizer «Vereinigung Umwelt und Bevölkerung» Ecopop, dass die Lebensgrundlagen für kommende Generationen bereits durch die heutige Bevölkerungsdichte ernsthaft in Frage gestellt seien: Die Menschheit verbraucht jährlich rund ein

Viertel mehr an Ressourcen, als die Natur in der gleichen Zeit regenerieren kann.

Dies geht an die Substanz: Klimawandel, Energie- und Wasserknappheit, Rückgang der Biodiversität und Ernährungskrisen sind die Folgen dieses Raubbaus. «Überbevölkerung ist eine wesentliche Ursache der Umweltverschlechterung», stellt Ecopop fest und verlangt, dass das Bevölkerungswachstum gestoppt und die Bevölkerungszahl weltweit «auf ein umwelt- und sozialverträgliches Niveau» gesenkt werden müsse.

Die Frage, wie viele Menschen die Erde ernähren kann, wurde bereits Ende des 18. Jahrhunderts diskutiert. Der britische Ökonom Thomas Malthus stellte damals die These auf, dass Überbevölkerung ein zentrales Problem für Wirtschaft und Wohlstand darstelle, weil die Nahrungsmittelproduktion weit hinter der exponential wachsenden Bevölkerungszahl zurückbleibe.

Obschon seine Theorien für die heutige Gesellschaft als überholt gelten, bleibt die Frage, wie viel Mensch und menschliches Wirken die Erde erträgt, bis heute umstritten.

Die Tatsache, dass eine rasante Zunahme der Bevölkerung den Teufelskreis von Armut und Hunger beschleunigt, führte in der zweiten Hälfte des

Reproduktive Gesundheit

Der Begriff «sexuelle und reproduktive Gesundheit» wurde 1994 an der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo geprägt und als «ein Zustand vollkommenen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens» definiert. Mit anderen Worten: Programme für die Förderung der «reproduktiven Gesundheit» müssten, laut dem in Kairo verabschiedeten Aktionsplan, auch zum Ziel haben, dass jeder Mensch ein befriedigendes und gesundheitlich ungefährliches Sexualleben haben kann, und dass jede Frau die Freiheit hat, selber zu entscheiden, ob, wann und wie oft sie sich fortpflanzen will.



Ob in Indien, auf den Kanarischen Inseln, in Guinea oder Peru, mehr Menschen bedeuten unter anderem auch eine grössere Nachfrage nach Nahrung, Energie oder Wasser – doch im Moment verbraucht die Menschheit jährlich rund ein Viertel mehr an Ressourcen, als die Natur in der gleichen Zeit regenerieren kann

20. Jahrhunderts in Indien und China zu drastischen Massnahmen: Sterilisationskampagnen, vor allem bei Frauen der unteren Kasten, sollten in Indien helfen, den Bevölkerungszuwachs zu bremsen – mit wenig Erfolg. Bessere Resultate erzielte China mit der seit 1980 verordneten Einkindfamilie. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Chinesin ist von 6,2 im Jahr 1950 auf heute 1,8 gesunken ist.

«Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht»

Die per Gesetz dekretierte Geburtenregelung ist aus menschenrechtlicher Sicht unzulässig und wird entsprechend kritisiert; trotzdem ist nicht zu unterschätzen, dass damit rund 400 Millionen Geburten verhindert und die Bevölkerungsexplosion in China massiv gebremst werden konnte. «Zwang und Gewalt sind der falsche Weg», sagt der Schweizer Entwicklungsaktivist Alec Gagneux. «Selbstbestimmung in der Familienplanung ist ein Menschenrecht – wer über die notwendigen Informationen und Mittel verfügt, wird sich ohne

Druck von oben für weniger Kinder und damit für bessere Entwicklungschancen entscheiden», ist er überzeugt und kritisiert, dass sich die aktuelle Entwicklungszusammenarbeit kaum oder nur im Rahmen von Gesundheitsprojekten diesem Thema stellt.

Er selber hat innerhalb von Solarprojekten, die er in Indien betreut, einen Dispenser für Kondome entwickelt. Damit verbunden sind Informations- und Aufklärungsarbeit über Krankheiten wie HIV/Aids und zur Verhinderung unerwünschter Schwangerschaften. «Ziel ist es, die Lebensqualität der Menschen durch Prävention zu verbessern», sagt Alec Gagneux, dessen Kondomverteiler mittlerweile auch in verschiedenen Eisenbahnstationen sowie bei Zulieferfirmen des Schweizer Textil-Unternehmens Switcher und der Migros hängen.

Solche Aktivitäten entsprechen den Vorgaben der UNO-Bevölkerungskonferenz von Kairo im Jahr 1994: Die Reduktion der Geburtenraten in den Entwicklungsländern soll durch eine Verbesserung der menschlichen Sicherheit sowie vermehrtes En-

Die Weltbevölkerung

Laut UNO-Schätzungen lebten vor 2000 Jahren rund 300 Millionen Menschen auf der Welt. Um 1700 waren es 600 Millionen, 1804 wurde die erste Milliarde erreicht. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts stieg das Bevölkerungswachstum und betrug zeitweise über 2 Prozent, was zu einer explosiven Zunahme der Weltbevölkerung führte: 1927 zählte man 2 Milliarden Menschen, 1999 waren es 6 Milliarden. 2012 rechnet man mit dem Überschreiten der 7-Milliardengrenze. Obschon die Geburtenraten in den letzten Jahren praktisch überall, ausser in den ärmsten Entwicklungsländern, zurückgegangen sind, wächst die Weltbevölkerung weiter. Der Stand zu Beginn 2009: Bevölkerung: 6,75 Milliarden Menschen Geburten pro 1000 Einwohner (Geburtenrate): 21 Todesfälle pro 1000 Einwohner (Sterberate): 8 Weltweites Bevölkerungswachstum: 1,2 Prozent pro Jahr



Die hohen Geburtenraten in den Entwicklungsländern – rechts Sierra Leone – werden auf mangelnde Aufklärung sowie auf fehlende Selbstbestimmung und Bildung der Frauen zurückgeführt



Sven Torfinn/afp

gagement im Bereich der reproduktiven Gesundheit erreicht werden. Obschon von allen Ländern unterschrieben, hatte diese Zielsetzung von Anfang an potente Gegner: So wird der Gebrauch von Kondomen – einem wichtigen Instrument sowohl in der HIV/Aids-Prävention wie zur Verhütung ungewollter Schwangerschaften – von der katholischen Kirche bekämpft. Die US-Regierung stoppte unter George W. Bush ihre Zahlungen an den UN-Bevölkerungsfonds UNFPA und strich allen Familienplanungsprojekten, die sich nicht auf das Predigen von Enthaltensamkeit beschränkten, die Subventionen.

Fehlende Selbstbestimmung der Frauen

Solche Widerstände, nicht zuletzt auch aus den betroffenen Ländern selber, trugen dazu bei, dass Projekte in den Bereichen Familienplanung und Bevölkerungswachstum heute bei den meisten Entwicklungsagenturen vernachlässigt werden. «Das Thema Familienplanung ist nicht überall einfach in der Umsetzung – die meisten Länder haben ihre ganz eigene Politik, die von lokalen Werten bestimmt ist und schätzen deshalb ein Engagement in diesem Bereich nicht, weil sie eine andere Politik verfolgen», sagt Franziska Freiburghaus, Gesundheitsspezialistin bei der DEZA.

Trotzdem, die Entwicklungsagenturen sind gefordert, Strategien und aktive Bevölkerungspolitik im Süden gehören ins Pflichtenheft: Während die Bevölkerung in zahlreichen Industrieländern zurück geht, werden 90 Prozent der rund 2,3 Milliarden Menschen, die laut Prognosen bis 2050 unseren Planeten zusätzlich bevölkern, in den ärmsten Ländern leben.

Die Deutsche Gesellschaft für Weltbevölkerung schätzt, dass in diesen Ländern jede zweite Schwangerschaft ungewollt ist. Die hohen Geburtenraten führt sie auf einen Mangel an Aufklärung zurück, sowie auf fehlende Selbstbestimmung und Bildung

der Frauen, zudem hätten auch heute noch Millionen von Menschen keinen Zugang zu Verhütungsmitteln.

Wenn aufgeklärte Männer ihre Frauen unterstützen

«Bevölkerungswachstum ist ein Indikator für Armut», sagt die St. Galler Ärztin und Nationalrätin Yvonne Gilli. Sie reichte im März dieses Jahres im Parlament eine Interpellation ein, mit der sie fordert, dass mindestens 10 Prozent der Entwicklungsgelder für reproduktive Gesundheitsprojekte eingesetzt werden: «Sexuelle Aufklärung, Familienplanung sowie Basisbetreuung während Schwangerschaft und Geburt sind Dienstleistungen, die nicht nur die Mütter- und Kindersterblichkeit senken, sie schaffen überhaupt erst die Voraussetzung für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung.»

Franziska Freiburghaus teilt diese Einschätzung: «Wenn wir die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen wollen, müssen wir die Populationsentwicklung in den Griff bekommen.» Wie dies geschehen könnte, beschreibt sie anhand zweier Beispiele aus Mosambik und der Moldau, wo basismedizinische Gesundheitsprojekte nicht nur die Mütter- und Säuglingssterblichkeit senken konnten, sondern auch zu einem Rückgang der Geburtenrate führten: «Wenn Frauen während der sensiblen Zeit der Schwangerschaft begleitet, aufgeklärt und ermutigt werden, können sie die Geburt weiterer Kinder, die sie eigentlich gar nicht mehr wollen, vermeiden. Und wenn sie dabei noch von aufgeklärten Männern unterstützt werden, ist die Chance für eine Erfolgsgeschichte gross.»

Der Ansatz leuchtet ein. Die Frage bleibt, ob solche Initiativen ausreichen, um die Zunahme der Weltbevölkerung auf die prognostizierten 9,2 Milliarden Menschen zu verhindern – und ob dies überhaupt von der Entwicklungspolitik als Ziel ins Auge gefasst wird. ■

Geburtenraten

Während in praktisch allen Staaten der Welt die Zahl der Geburten pro Frau drastisch gesunken ist, hat sie in einigen der ärmsten Länder, die bereits vorher ein hohes Bevölkerungswachstum aufwiesen, gar noch zugenommen. So geht der aktuelle Bevölkerungsentwicklungsbericht der UNO davon aus, dass im Jahr 2008 in Mali und Niger durchschnittlich über 7 Kinder pro Frau (Tendenz steigend) geboren wurden, in Afghanistan, Uganda oder Burundi waren es knapp sieben Kinder, während beispielsweise in der Schweiz pro Frau 1,44 Kinder geboren werden, in Südkorea 1,2 und in Hong Kong gar nur ein Kind. www.weltbevoelkerung.de

Bettelnde Schriftsteller

Vor einigen Jahren reiste ich durch Grossbritannien, zusammen mit einer ganzen Reihe von afrikanischen Schriftstellern, darunter Ama Ata Aidoo aus Ghana, für viele von uns die Doyenne der afrikanischen Literatur. Es war eine erfreuliche Reise: Wir lasen an Literatur-Festivals und in Buchhandlungen, beantworteten Fragen von begeisterten Lesern.

An einem Anlass bemerkten wir erstaunt, dass überall Poster von Hilfswerken hingen. Es waren Spendenaufrufe für Schulen in Afrika. Dieses Hilfswerk nahm – in hehrer Absicht – die Anwesenheit von afrikanischen Schriftstellern zum Anlass, um Geld für Afrika zu sammeln. Etwas befremdet warfen wir einen Blick auf die Poster, gingen dann aber zu unseren Plätzen auf der Bühne. Dann baten uns die Organisatoren, den Hilfswerkvertretern zu erlauben, das Publikum um Spenden zu bitten. Wir fühlten uns nicht sehr wohl dabei, wollten aber weder als «bettelnde Schriftsteller» dastehen noch als undankbare Gäste. So schwiegen wir.

Ama Ata Aidoo aber schwieg nicht und sprach für uns alle. «Warum erziehen die afrikanischen Regierungen ihre

Kinder nicht selbst?», fragte sie. «Warum braucht es europäische Philanthropen, damit afrikanische Kinder eine Schulbildung erhalten?»

Sie wusste, wovon sie sprach. Als ehemalige Ministerin im ghanaischen Kabinett wusste sie genau, dass Hilfswerke und Spenden ihr Land und ganz Afrika zerstört hatten, dass korrupte Regierungen nur Minimalbudgets für Schulbildung, Gesundheit und Entwicklung einsetzten, weil sie sich sicher sein konnten, dass Hilfswerke einspringen würden; gleichzeitig wurde sinnlos Geld für nutzlose Projekte verschwendet, einiges verschwand auch auf geheime Konten von Schweizer Banken. Gerade weil sie diese ganze Korruption nicht länger aushielt, ist sie als Kabinettsministerin nicht alt geworden. Ich war schon immer gegen Auslandhilfe, insbesondere gegen Lebensmittelhilfe von reichen europäischen und amerikanischen Ländern – ausser nach nationalen Katastrophen oder in humanitären Notlagen. Als ich für die ländliche Entwicklung in Lesotho tätig war, habe ich gesehen, wie regelmässige Lebensmittelhilfe die Bevölkerung in eine Mentalität der Abhängigkeit versinken lässt.

Aus dieser Erfahrung heraus schrieb ich mein Buch *When People Play People* (London: Zed Books 1993): «Auf den Tourneen durch die Dörfer stellten sie (Mitglieder meiner Theatergruppe) fest, dass Dorfbewohner sich nur sehr zögerlich in Entwicklungsprojekte einbinden liessen, wenn sie dafür keine Lebensmittelhilfe erhielten. Manchmal weigerten sie sich gar, etwas gegen die Bodenerosion ihrer eigenen Felder zu unternehmen, ohne Speiseöl und Mais als Gegenleistung zu erhalten. Über die Jahre hinweg haben Regierung und Geberorganisationen eine wahre Kultur der Lebensmittelhilfe entstehen lassen, die ihrerseits eine Abhängigkeitsmentalität herangezüchtet hat.»

Ich habe meine Sichtweise ausführlich dokumentiert und dafür auch Kritik der Entwicklungshilfeindustrie geerntet. In einem meiner Gedichte steht, dass Afrika reich an Ressourcen ist; sein Reichtum sind die Bodenschätze, seine Völker, seine Wälder und Flüsse. Afrika muss seine Freiheit ergreifen und seine Kinder ernähren. Entwicklungshilfe ist in vielen afrikanischen Ländern zu einer Lebensphilosophie statt zu temporärer Hilfe geworden. Entwicklungshilfe zerstört die Eigeninitiative und den Ehrgeiz der Leute; Lebensmittelhilfe tötet den afrikanischen Bauer. Die Bauern verlieren jeden Anreiz, ihr Land zu bebauen, da sie gegen die Konkurrenz der Gratislebensmittel aus Amerika und Europa so oder so nicht bestehen können. Was Afrika braucht, ist nicht Hilfe, sondern freien Handel und Investitionen. Was Afrika erlösen wird, ist Verlässlichkeit, Befreiung aus der Abhängigkeit und Schuldenerlass. ■

(Aus dem Englischen)



Zakes Mda (eigentlich Zanemvula Kizito Gatyeni Mda), geboren 1948, gehört zu Südafrikas bekanntesten Romanciers und Theaterautoren. Aufgewachsen in Soweto und in Lesotho, emigrierte er 1963 in die USA und studierte in Ohio. 1995 kehrte er nach Südafrika zurück. Neben dem Schreiben ist er auch als Dramaturg am Johannesburg Market Theatre und als Maler, Komponist und Filmemacher tätig, züchtet Bienen und leitet den Southern African Multimedia AIDS Trust in Sophiatown, Johannesburg. Seine Romane sind in zahlreiche Sprachen übersetzt. Auf Deutsch sind seine Romane «Der Walrufer» und «Die Madonna von Excelsior» beim Unionsverlag erschienen. Zakes Mda's Werk wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Heute unterrichtet er an Universitäten in den USA und in Südafrika und lebt in Johannesburg und Ohio.



Ursula Messner/af



Cipriani/Alpaaca/Anada, iStock Pictures



SCP Pro Helvetia (4)

Versöhnung mit farbigen Städten und schwarzer Magie

Die Stiftung Pro Helvetia unterstützt seit 1990 im Auftrag der DEZA Kunst und Kultur in Osteuropa. Nun konzentriert sie ihre Aktivitäten neu auf die Länder des Westbalkans. Die Projekte sollen künftig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern und damit zur Entschärfung ethnischer Spannungen beitragen. Von Jane-Lise Schneeberger.



Das Ziel der überregionalen Tanz-Akademie oder des Projekts der «kreativen Städte» mit bunt bemalten Fassaden oder Hauseingängen ist das gleiche: Talent und Kreativität der Menschen über Grenzen hinaus nutzbar machen

Beim Zusammenbruch des Kommunismus engagierte sich die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit zunächst in Zentraleuropa. Im Auftrag der DEZA half Pro Helvetia in Polen, Ungarn, der Slowakei und in Tschechien dem kulturellen Leben neuen Schwung zu verleihen. Anschliessend verschob sie ihre Aktivitäten in den Südosten des Kontinents, wo die Demokratisierung langsamer vonstatten ging. 2008 wurde das Schweizer Kulturprogramm, das besser unter dem englischen Namen Swiss Cultural Programme (SCP) bekannt ist, wiederum neu ausgerichtet: Nachdem die Büros in Rumänien, Bulgarien und der Ukraine geschlossen waren, konzentrierte es sich fortan auf den Westbalkan, genauer auf Albanien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien und Serbien. 2012 wird das ganze Programm auslaufen. Für diese Schlussphase wurde das SCP völlig restrukturiert. Pro Helvetia, die bisher die

operative Leitung von Zürich aus wahrnahm, hat ihre Verantwortung an ein Regionalbüro in Sarajevo (Bosnien) abgetreten, das aus vier Vertretern balkanischer Länder besteht. «Alle diese Leute haben Berufserfahrung im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Wir unterstützen sie auf strategischer und finanzieller Ebene, greifen aber nicht ins operative Tagesgeschäft ein», erläutert Petra Bischof von Pro Helvetia, die die Verbindung zwischen Zürich und Sarajevo sicherstellt und technische Unterstützung gibt. In den vier anderen beteiligten Ländern bestehen noch lokale Büros, die jedoch eins nach dem anderen geschlossen werden.

Ethnische Spannungen abbauen

Die Regionalisierung betrifft auch inhaltliche Aspekte. Künftige Zusammenarbeitsprojekte sollen nicht mehr auf nationaler Ebene verwirklicht

werden, sondern mindestens zwei Länder einbeziehen. Diese Neuorientierung war von der DEZA gewünscht worden, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stärken. «Wenn die Leute miteinander reden und Ideen austauschen, werden ethnische Grenzen abgebaut. Wir versprechen uns von überregionalen künstlerischen Produktionen, dass sie das Konfliktpotenzial abbauen helfen und den demokratischen Prozess vereinfachen», erklärt DEZA-Projektleiter Ralph Friedländer.

Ethnisch motivierte Verbitterung und Vorurteile sind auf dem Balkan noch sehr präsent. Der Kulturbereich ist davon nicht ausgenommen. Die Belgrader Galerie Kontekst musste dies letztes Jahr erfahren: Rund hundert serbische Nationalisten stürmten kurz vor der Eröffnung eine Ausstellung über zeitgenössische visuelle Kunst aus Kosovo und zerstörten eine Darstellung Adem Jasharis, eines

Leaders der separatistischen Guerilla.

Wanderakademie

Sechs der elf zurzeit vom SCP unterstützten Projekte haben bereits überregionale Dimensionen. Nomad ist eines davon; es unterstützt zeitgenössischen Tanz und seine Professionalisierung. Auf dem Balkan bildeten sich Choreografen bisher mangels Schule «on the job» aus. Deshalb haben spezialisierte Organisationen aus sechs Ländern der Region die Nomad Dance Academy ins Leben gerufen. Jede konzipiert und organisiert ein dreiwöchiges Ausbildungsmodul. Das SCP finanziert die Aktivitäten in Mazedonien, Serbien und Bosnien; die drei andern Länder gehören nicht mehr zu seinem Aktionsradius. Die Studentinnen und Studenten kommen aus allen beteiligten Ländern und reisen von einer Hauptstadt zur andern. Anlässlich einer Aufführung



SCP Pro Helvetia (2)



Ethnisch motivierte Verbitterung und Vorurteile sind auf dem Balkan noch sehr präsent – kulturelle Aktionen und Ausstellungen sollen das Konfliktpotenzial abbauen helfen und den demokratischen Prozess vereinfachen

zum Abschluss des jeweiligen Moduls präsentieren sie einige der erarbeiteten Choreografien. Denn das Projekt soll auch die breite Bevölkerung für zeitgenössischen Tanz sensibilisieren und ihr ermöglichen, Künstler mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund kennen zu lernen.

«Nomad startete bereits 2007 und war als überregionales Projekt seiner Zeit voraus», unterstreicht Petra Bischof. «Sein Erfolg spornte uns dazu an, weiterzumachen. Es war ein greifbarer Beweis dafür, dass überregionale Zusammenarbeit einem Bedürfnis kultureller Organisationen entspricht.»

Suche nach überregionalen und innovativen Projekten

Seit 2008 wählt das SCP seine Zusammenarbeitsprojekte aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung aus. Das Regionalbüro in Sarajevo ruft mit Zeitungsinserten in den fünf betroffenen Ländern und auf seiner Webseite Künstlerkreise dazu auf, Projektvorschläge einzureichen. Zu den Bedingungen gehört, dass die

Projekte das Können lokaler Kulturinstitutionen stärken, die interethnische Zusammenarbeit fördern und Strukturen oder Ereignisse für ein breites Publikum schaffen. Ausserdem soll ihr Ansatz innovativ sein, das Projekt also beispielsweise neue Technologien verwenden, junge Künstlerinnen und Künstler bekannt machen oder umstrittene Themen aufgreifen. Das SCP fördert überdies eine gute Regierungsführung und die Gleichstellung der Geschlechter. Von den 45 im Jahr 2008 eingereichten Projektvorschlägen erfüllten vier alle erforderlichen Kriterien und erhielten finanzielle Unterstützung. Das regional am besten abgestützte Projekt verbindet Partner aus Mazedonien, Bosnien, Kosovo und Serbien. Es soll soziokulturelle Animation auf dem Land sicherstellen. Ein anderes läuft in Serbien, Bosnien und Albanien: Lokale Künstler werden Videofilme zum Thema «Individuelle Utopien gestern und heute» produzieren. Darin fassen sie die Träume in Bilder, welche die Bewohner dieser Länder zur Zeit des Kommunismus und

während des Kriegs hegten und bis heute noch hegen.

Der eigenen Stadt neues Leben einhauchen

Parallel dazu haben die SCP-Verantwortlichen die Umsetzung einer überregionalen Version des früheren Projekts «Kreative Städte» beschlossen; es hatte auf nationaler Ebene in Albanien zu erfreulichen Resultaten geführt. Bewohnerinnen und Bewohner von Shkodra und Pogradec hatten sich verschiedene Möglichkeiten ausgedacht, ihre Städte attraktiver, bewohnerfreundlicher zu gestalten. Sie hatten Fassaden in bunten Farben neu angemalt und Hauseingänge dekoriert. Die zweite Phase dieses Projekts ist im Mai angelaufen. Das Ziel ist dasselbe: Talent und Kreativität der Bewohnerinnen und Bewohner für die Stadtentwicklung nutzbar machen. Diesmal erfassen die Aktivitäten gleichzeitig sechs albanische, eine mazedonische und eine montenegrinische Stadt, die vernetzt arbeiten. Im Anschluss an eine gemeinsame Ausbildung treffen sich Vertreter jeder Stadt

regelmässig, um die jeweils erarbeiteten Pläne zu besprechen.

Punktuelle Unterstützung

Neben Zusammenarbeitsprojekten, die während dreier Jahre laufen und mit beträchtlichen Mitteln unterstützt werden, fördert das SCP auch sogenannte «kleine Aktionen». Es sind kurzfristige, von lokalen Organisationen umgesetzte Projekte. Die zugeteilten Beträge liegen normalerweise im vierstelligen Bereich.

Mehrere Dutzend punktuelle Ereignisse werden 2009 auf diese Weise subventioniert und vom SCP ganz oder teilweise finanziert. Dazu gehören etwa die Inszenierung von Theaterstücken oder auch die Produktion von Dokumentarfilmen – darunter einen über schwarze Magie in Kosovo und einen über die psychologische Wirkung von Aids in Mazedonien. Aber auch Bilder- und Fotoausstellungen, Musikfestivals, Buchpublikationen oder CD-Produktionen werden unterstützt. ■

(Aus dem Französischen)



Zeitloses Meisterwerk

Musik (er) Eine Patina von Einsamkeit und Weltverlorenheit, von Melancholie und Wehmut haftet ihnen an; sie wirken zerbrechlich und flüchtig, geheimnisvoll und transparent, bittersüß und elegisch: Die Rede ist von den englischsprachigen, packenden Balladen der 37jährigen Sängerin Lhasa de Sela, die 2005 den renommierten «BBC World Music Award» erhielt. Ihre hellwarme und trotz kühler Schattierung gefühlvoll-weiße Stimme ist von ungeheurer Präsenz. Dazu tragen musikalische Pinselstriche bei: Piano, Harfe, Violine, Gitarre, Bass und Drums skizzieren filigrane Impressionen, schwebende Tonspuren und Klangbilder – stets in bedachtsamen Takten, mal mit Country- und Gospel-Anklängen, dann wieder chanssonesk, bluesig und folkig. Mit ihrem dritten Album hat die US-amerikanisch-mexikanisch-kanadisch-französische Interpretin ein ätherisches und doch geerdetes, zeitloses und doch modernes Meisterwerk kreiert. Lhasas seelenvolle Songs werden deshalb immer wieder, und auch nach Jahren noch direkt unter die Haut gehen. *Lhasa: «Lhasa» (Audiogram/Warner Music)*

Starker Auftritt

(er) Sie leben meist obdachlos in Kinshasa, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo. Sie sind grösstenteils querschnittgelähmt und



poliokrank. Sie bewegen sich auf selbstgebauten, zum Teil motorisierten Rollstühlen, Behinderten-Velos und -Töffs fort. Sie üben in den Gärten des heruntergekommenen Zoos und spielen Gitarre, Bass, Perkussion und eine selbstgebaute einsaitige Laute namens Satongé, der metallischhelle, und atemberaubend-perlende Töne entlockt werden. Sie begeistern mit hypnotisch elektrisierendem und groovig funkendem Kongo-Rumba, in dem Son, Reggae und R'n' B aufblitzen. Sie singen mehrstimmig sonor und engagiert übers harte Überleben auf der Strasse. Sie haben ihr Aufsehen erregendes, erstes Album unter freiem Himmel ins MacBook eingespielt – unplugged und vom Quaken der Frösche begleitet. Sie bringen das Versteckte nach vorn, wie's der Name ihres zusammengewürfelten Kollektivs verspricht. Sie sind très, très fort – die Musiker der «Staff Benda Bilili».

Staff Benda Bilili: «Très Très Fort», CD inkl. 4 Bonusvideo (Crammed Discs/Musikvertrieb)

Innige Hommage

(er) Ihr Leben verlief strapaziös.



Die Leibeigenschaft als Mädchen in Tibet, die Flucht als Jugendliche nach Nordindien, den Missbrauch samt Mutter-schaft, das Davonlaufen des Kindsvaters, die Übergabe der Tochter in Pflegeobhut, die Arbeit als Putzfrau und ihren Aufbruch nach England beschrieb Soname Yangchen im Bestseller «Wolkenkind» («Child of Tibet»). Damit und mit ihrem Gesang wurde sie zur unverkennbaren «Stimme Tibets». Diese gleitet in den auf Tibetisch vorgetragenen Liedern über faszinierende Klanglandschaften dahin. Zu bewundern sind sakral klingende Chorstimmen, schwebender Saitenklang von Harfe, Viola, Dranyien (tibetanische Laute) und Sarangi (indische Fiedel), zeitgenössische Akzente von Keyboard und Gitarre, brillante Tonspuren von Flöte und Klarinette, sachte Perkussionsrhythmen und virtuoses Tabla-Spiel. Fazit: Wunderbare, buddhistisch gelassene und doch fast schmerzlich innige Hommage an Tibets weite Hochebene, an über heilige Seen kreisende Adler und himmelwärts strebende Bergketten!

Soname: «Plateau» (World Village/Musicora)

Hungernde Menschen, geschützte Nilpferde

Filme Der Film «Der Niger-Fluss stirbt» veranschaulicht die dramatischen Folgen des globalen Klimawandels in Afrika. Alfari wohnt am Ufer des Flusses Niger und erzählt, wie er vom Fischer zum Gemüsebauer wurde. Da der Fluss langsam austrocknet, gibt es immer weniger Fische zum Fangen, was den Fischer dazu zwang, sich auf den Gemüsebau zu spezialisieren. Der Lebensraum am Fluss wird jedoch immer kleiner, und so müssen die



Bewohner des Ufers ihre kleine Ernte gegenüber den Nilpferden verteidigen. Denn auch sie werden in ihrer Nahrungssuche eingeschränkt. Im Gegensatz zu den Bewohnern geniessen die Nilpferde jedoch vom Staat ein gewisses Ansehen: Sie sind geschützt und dürfen nicht gejagt werden. Gemäss Alfaris Aussagen werden die Nilpferde geschützt, um den Tourismus anzukurbeln, während die Bewohner um ihr Überleben kämpfen.

«Der Niger-Fluss stirbt»; Niger 2006. Dokumentarfilm, 7 Minuten. Der Film ist auf der DVD «Kurzfilme aus Senegal, Niger, Palästina, Rumänien, Äthiopien, Südafrika» verfügbar; Information und Beratung: Filme für eine Welt, Tel. 031 398 20 88, www.filmeeinewelt.ch

Frauen in Bosnien

In neuen Filmen aus Bosnien und Herzegowina fällt eines ganz besonders auf: Sie handeln immer wieder von Frauen, und diese Frauen sind mit anderen Frauen und sich selber allein. Im Spielfilm «Snow» blickt Aida Begic in ein Bergdorf ihrer Heimat. Sie selber hat den Balkankrieg als Jugendliche erlebt. Das gilt auch für Jasmila Zbanic, die in «Grbavica» von den inneren Blessuren erzählt und der Schwierigkeit, mit dem Gewesenen zu leben. Dem Dorf «Snow» sieht man auf den ersten Blick nicht an, was die Menschen da durchlebt haben. Aida Begic erzählt in ihrem berührenden Erstling von Frauen, die verheiratet waren, Kinder hatten und Männer. Der Krieg hat ihnen die Geliebten genommen, und jetzt leben sie

ein Leben, dem sie erst wieder einen Sinn abgewinnen müssen. Esmā lebt in «Grbavica» mit ihrer 12jährigen Tochter Sara allein in Sarajevo und erzählt ihr, dass der Vater ein Kriegsheld gewesen sei. Die Lüge geschieht aus Selbstschutz und auch, um die Tochter nicht mit der Wahrheit zu konfrontieren. Sie ist das Kind einer Vergewaltigung. Jasmila Zbanic hat mit ihrem Film den Goldenen Bären von Berlin gewonnen.

Die DVDs «Snow» und «Grbavica» sind erschienen in der edition trigon-film. Bestellungen und Information: 056 430 12 30 oder www.trigon-film.org

Weltkongress für Biobaumwolle

(bf) Fair Trade und nachhaltige Produkte sind in. Was sich bei Lebensmitteln schon lange durchgesetzt hat, soll nun auch bei der Mode möglich werden. Deshalb organisiert Helvetas vom 21. bis 25. September in Interlaken im Rahmen des Internationalen Jahres der Naturfasern 2009 der UNO den Weltkongress für Biobaumwolle «From Fashion to Sustainability». Der Kongress bietet eine Plattform für sämtliche Akteure der textilen Wertschöpfungskette, um bei Workshops, an einer Ausstellung oder bei Präsentationen über Innovationen und



aktuelle Herausforderungen zu diskutieren, erfolgreiche Geschäftsmodelle kennen zu lernen sowie neue Partnerschaften im Bereich nachhaltiger Textilien zu etablieren. Der Kongress wird u.a. zusammen mit dem International Trade Centre ITC, Max Havelaar und dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO organisiert. Programm und Online-Registrierung: www.fashiontosustainability.org.

Ekstase durch Musik

(jls) Die Genfer Ateliers d'ethnomusicologie (Adem) organisieren jeweils im Herbst ein Musik- und Tanzfestival, das den Traditionen eines Landes oder einer Region gewidmet ist. Dieses Jahr sollen in Europa noch wenig bekannte oder unzulänglich interpretierte musikalische Ausdrucksformen zum Zug kommen. Unter dem Titel «Ekstase und Trance» beleuchtet das Festival die spirituelle Dimension islamischer Kulturkreise. Eine türkische Truppe tanzender Derwische wird den Sema aufführen, einen ekstatischen Tanz, den Mitglieder der Sufi-Orden praktizieren, um mit Gott eins zu werden. Sechs pakistanische Künstler interpretieren Sufi-Gesänge (Qawwali). Die Bangladescherin Farida Parveen singt zu Texten des Fakirs Lalon Shah, eines mystischen Dichters aus dem 19. Jahrhundert. Weiter wird dem Publikum gesungene Poesie aus dem Iran, ägyptischer Zar – ein Heilritual mit Tanz und Trommeln – sowie das reiche Repertoire der Fqiret (Frauenensembles, die in Algerien bei



religiösen und anderen Festen auftreten) präsentiert. Festival «L'extase et la transe», Théâtre de l'Alhambra, Genf, vom 28. September bis 3. Oktober

Klimatäter und -opfer

(gn) Der deutsche Journalist Bernhard Pötter lässt in seinem Buch «Tatort Klimawandel» keinen Raum für Zweifel: Der menschengemachte Klimawandel ist in vollem Gang und wird unsere Welt grundlegend verändern. Mit 26 eindrücklichen Fallbeispielen nimmt er die Spur der Täter, Opfer und Profiteure auf, die er in zweijähriger Recherche rund um den Globus ausfindig gemacht hat. Dabei besuchte er u.a. Ölfelder in Houston, die Amazonasregion, Bangladesch oder das Schilthorn im Berner Oberland. Geschickt werden Reportagen mit Hintergrundinformationen und Zitaten verschiedenster Akteure verknüpft. Dabei weist Pötter durchaus Verantwortung zu und nimmt Lösungsansätze, die von Politik, Wirtschaft und Forschung vorgeschlagen werden kritisch unter die Lupe. Trotzdem unterscheidet sich das Buch, obschon so aufgemacht, ganz klar von einem herkömmlichen Kriminalroman, weil es nicht in ein Gut-Böse-Schema verfällt und auf Schwarz/Weiss-Malerei verzichtet.

«Tatort Klimawandel» von Bernhard Pötter, Verlag oekom München, 2008

Viermal Hintergrund

(bf) Sind Sie interessiert zu wissen, was genau die Menschenrechte sind, wie genau das Völkerrecht, das Humanitäre Völkerrecht oder die Diplomatie funktionieren? Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erklärt diese vier Themen in je einer Publikation über-

Bücher und Broschüren

Anlässe

sichtlich und allgemein verständlich für ein breites Publikum. In einer Einleitung wird das jeweilige Thema in einen grösseren geschichtlichen, sozialen und rechtlichen Zusammenhang gestellt. Der zweite Teil beinhaltet das Glossar, in dem kurz und prägnant spezifische Begriffe erklärt werden. Oder hätten Sie aus dem Stegreif gewusst, was beispielsweise das Recht auf Entwicklung beinhaltet, was genau eine diplomatische Note von einer diplomatischen Demarche unterscheidet, oder was die Internationale humanitäre Ermittlungskommission macht?

Die vier Broschüren «ABC der Menschenrechte», «ABC des Humanitären Völkerrechts», «ABC des Völkerrechts» und «ABC der Diplomatie» können gratis bestellt werden über publikationen@eda.admin.ch oder bei Information EDA Tel. 031 322 31 53; über www.eda.admin.ch, «Dokumentation», «Publikationen»

Von den anderen Filmbildern dieser Welt

1989 hat die Stiftung trigon-film mit «Zan Boko» von Gaston Kaboré aus Burkina Faso ihren ersten Spielfilm präsentiert, 2009 bringt sie mit «Pandora's Box» des Türken Yesim Ustaoglu einen Spielfilm zum Thema Alzheimer in der Familie heraus. In 20 Jahren



wurden über 280 Produktionen aus Afrika, Asien und Lateinamerika vermittelt und mit ihnen das Angebot in den Kinos und auf DVD massgeblich erweitert und bereichert. Dabei gelangten Filmperlen wie «Yi Yi» von Edward Yang, «Bombón el perro» von Carlos Sorín, «El viaje» von Fernando Solanas, «TGV» von Moussa Touré oder «La vida es silbar» von Fernando Pérez in die Kinos. Jetzt hat Walter Ruggie, Leiter der Stiftung, ein Buch geschrieben, in dem er auf 500 Seiten über ausgewählte Filme und herausragende Filmschaffende nachdenkt. Texte, Interviews, Zitate und wunderbare Bilder laden ein zu einer Reise in andere Filmwelten und vermitteln Einblicke in Themen, Ansätze und Fragen, mit denen sich Filmschaffende anderswo beschäftigen.

«Welt in Sicht» von Walter Ruggie, im Buchhandel, direkt bei der Stiftung trigon-film in Ennetbaden (Tel. 056 430 12 30) oder über www.trigon-film.org

Schreibender Fotograf

(bf) Eine einsame Barriere, da-

hinter zwei Grenzsoldaten und ein streunender Hund, welche am Khunjerab-Pass die Grenze zwischen Pakistan und China bewachen und verloren Richtung der sich am Horizont auftürmenden Achttausender blicken. Oder vier Frauenhände, welche rohes, bluttriefendes Fleisch auf einem Teller zerlegen, der wiederum auf einem mit roten Blumen gemusterten Tuch liegt. Dies nur zwei der 165 zugleich unaufgeregten und packenden Fotografien des schreibenden Solothurner Fotografen Daniel Schwartz aus seinem neuen Fotobuch «Daniel Schwartz: Travelling Through the Eye of History». Der international renommierte Fotograf ist bekannt dafür, dass er seine Reportagen minutiös und monatelang vorbereitet und den Auslöser seiner Kamera erst dann betätigt, wenn er sich ausführlich mit Hintergrundwissen zu seinem jeweiligen Aufenthaltsort versorgt hat. So ist er in den vergangenen 15 Jahren durch Turkmenistan, Tadschikistan, Kasachstan, Usbekistan



2001 Daniel Schwartz/Pro Litteris

bis nach China gereist und präsentiert nun ein Konzentrat seiner Reisen in einem bestechend schönen Buch, welches nicht nur durch seine Fotografien überzeugt, sondern in sich ein Kunstwerk ist.

«Daniel Schwartz: Travelling Through the Eye of History»; Thames & Hudson London 2009

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Verschiedenes Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Weitere Informationen:

Vortragsservice EDA,
Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern;
Tel. 031 322 31 53 oder
031 322 35 80;
Fax: 031 324 90 47/48;
E-Mail: info@eda.admin.ch

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vuffray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Marc-André Bünzli,
Beat Felber, Thomas Jenatsch, Roland Leffler,
Sabina Mächler

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: info@deza.admin.ch
Tel. 031 322 44 12
Fax 031 324 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 53'500

Umschlag Tuareg in der Sahara;
Biosphoto/Thiriet Claudius/Still Pictures

ISSN 1661-1667

In der nächsten Nummer:

Die weltweite Finanzkrise trifft Entwicklungsländer ungleich härter als industrialisierte Länder. Ein Dossier über die konkreten Auswirkungen für die Menschen und weshalb es auch in unserem Interesse liegt, dass sich die Situation im Süden nicht noch verschlimmert.

